

ZS-400/34

Entnommen in vorliegendem Zustand aus
Wlassow-Material von Jürgen Thorwald.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Dr. Bräutigam ✓

Ergänzungen (Die Ostarbeitenfrage)

Am 8. November 1941 fand unter dem Vorsitz von Goering eine Sitzung des 4-Jahresplanes statt, an der Rosenberg, begleitet von Leibbrandt, teilnahm. Als ich einige Tage später vom OKH nach Berlin kam, sah ich ein Protokoll über diese Sitzung, das der Oberr. Rat Bergmann unterzeichnet hatte. Dieses Protokoll hat in Nürnberg eine Rolle gespielt. In ihm fand sich der Satz, dass die besetzten Ostgebiete als Kolonien zu betrachten und die Völker mit Kolonialmethoden zu beherrschen seien. Ich sah im Geist schon unsere Gebietskommissare und Landwirtschaftsführer mit Peitsche und Reitstock herumlaufen und nach dem Vorbild mittelalterlicher Kolonisatoren auftreten. Ich machte Leibbrandt Vorwürfe, dass er dagegen nicht angegangen sei. Er erwiderte, der Minister habe schweigend zugehört, selbst keine Einwände erhoben und habe er sich auch nicht berechtigt gefühlt. Ich erwiderte Leibbrandt, dass dies doch Wasser auf die Mühle von Herrn Koch sein würde und fragte ihn, wie er sich angesichts einer solchen Zielsetzung überhaupt eine vernünftige Ukraine- und Ostpolitik vorstelle. Die Antwort blieb er mir schuldig. Ich überlegte, was zu tun sei. Wieder war der Beweis geliefert worden, dass Rosenberg für seine eigenen Ideen zu kämpfen nicht entschlossen war, am wenigstens, wenn so starke Männer wie Himmler und Goering im Spiel waren. Ich suchte den mir von früher her bekannten Staatssekretär im Vier-jahresplan, Neumann, auf und besprach mit ihm die Angelegenheit. Das Ergebnis war negativ. Neumann blieb dabei, dass die Aufgaben des Vierjahresplanes nur erfüllt werden könnten, wenn aus den besetzten Gebieten rücksichtslos alles herausgeholt würde, was herausgeholt werden könne.

Ich erklärte ihm, dass auf die Dauer gesehen, der Aufbau einer vernünftigen Wirtschaft auch für uns das Rentabelste sein würde, aber nicht eine Ausplünderung ohne Rücksicht darauf, was in den nächsten Jahren geschähe. Denn dass der Krieg noch lange dauern würde, sei inzwischen doch wohl klar geworden. Neumann blieb aber dabei, dass eine Weisung von Goering nicht ohne weiteres abzuändern sei. Rosenberg hätte ja die Möglichkeit gehabt, Einspruch zu erheben. Ich leierte mein altes Lied herunter, dass wir zur Überwindung des Bolschewismus den Leuten etwas besseres bringen müssten, sonst könnte der umgekehrte Fall eintreten, dass wir die Bevölkerung selbst zu Bolschewisten machten, wenn sie die Überzeugung gewännen, dass das kommunistische Regime immer noch besser sei als das deutsche. Ein Erfolg war mir nicht beschieden.

Darauf beschloss ich einen anderen Weg zu betreten. Ich fertigte einen Erlass an, in dem ich alle Argumente zusammenstellte, die für eine wohlwollende Behandlung der ukrainischen Bevölkerung waren, vor allem wies ich auf die militärische Notwendigkeit hin, dass im Rücken des kämpfenden Heeres Ruhe und Ordnung herrschen müssen und eine aufsässige Bevölkerung den Sieg gefährden könne. Um auch die Nationalsozialisten richtig anzusprechen, suchte ich nachzuweisen, dass in der ukrainischen Bevölkerung sehr viel germanisches Blut sei. Ich wies auf die Züge der Waraeger hin, die Ostgoten und behauptete, dass nach der Schlacht von Poltawa auch zahlreiche Schweden im Lande geblieben seien. (Tatsächlich gab es damals noch vereinzelte schwedische Wörfer in der Ukraine.) Ich spielte dann auf die Kosaken an, deren kriegerischer und ritterlicher Geist ohne Zweifel auch eine germanische Verwandtschaft aufwies. Offengestanden war mir dieser Exkurs in die Geschichte nicht ganz geheuer, aber etwas Wahres war an meinen Behauptungen sicher dran.

Ich hatte meinen Erlass mit den Worten angefangen: Manche Leute in Deutschland schienen der Auffassung zu sein, dass die Ukrainer auf einer ausserordentlich niedrigen Kulturstufe ständen und infolgedessen von uns wie eine Art weisse Neger zu behandeln seien. Dieser Hinweis trug dem Erlass später den Namen "Negererlass" ein. Damit der Erlass auch wirklich herausging, unterzeichnete ich ihn selbst in einem Zeitpunkt, in dem Leibbrandt gerade für ein paar Stunden nicht im Hause war. Ich hatte in meiner langen Praxis die Erfahrung gemacht, dass solche Fusarenstückchen meist gut auslaufen und ein etwaiger Unwille der Vorgesetzten schnell verraucht. Damit der Erlass auch in die rechten Hände kam, benutzte ich einen weiteren Trick. Ich schickte ihn nicht allein an den Reichskommissar Ukraine, sondern gleichzeitig an die verschiedenen Generalkommissare. Ferner schrieb ich auf den Erlass einen ziemlich grossen innerdeutschen Verteiler.

Leibbrandt machte mir nur sanfte Vorhaltungen darüber, dass ich eine so grundsätzliche Weisung persönlich unterschrieben hätte. Ich erwiderte ihm, dass dies kein Misstrauen gegen ihn sei, dass er aber damit zum Minister gegangen wäre und dieser den Erlass angesichts der abweichenden Haltung von Hitler, Goering und Koch nicht herausgegeben hätte. Komme es wegen des Erlasses zu irgendwelchen Einsprüchen von höchster Stelle, so könne man notfalls mich immer desavouieren, was ja auch für das Ministerium von Vorteil sei. Ich hätte es jedenfalls angesichts des Sitzungsprotokolls vom 8.11. für notwendig erachtet, die Linie unserer Ostpolitik gegenüber den Ukrainern einmal klar herauszustellen.

Der Erlass trug mir von verschiedenen Seiten zustimmende Äusserungen ein. Auch Koch schien sich nicht zu rühren, immerhin erwirkte er kurz darauf durch persönliche Vorsprache bei Gauleiter Meyer eine Weisung des Ministers, dass keine Stelle des Ostministeriums unmittelbar mit den General- und Gebietskommissaren verkehren dürfe. Damit war der von mir beschrittene Weg für die Zukunft verbaut.

Ein Querschuss kam jedoch einige Wochen später von einer Seite, von der ich es nicht erwartet hätte. Das RSiHA hielt gelegentlich Sitzungen ab, in denen über Sicherheitsfragen der besetzten Ostgebiete gesprochen wurde. Selbstverständlich bekamen die Aussenstehenden nur das zu hören, was sie hören sollten. Die Sitzungen waren daher nicht besonders wichtig. Wir schickten daher einen jungen Mann, namens Middelhaue hin, der lediglich später zu berichten hatte, was in den Sitzungen vorgebracht worden war. Eines Tages, Anfang Dezember, kam Middelhaue sehr aufgeregt zu mir und sagte, der Chef des RSiHA, Heydrich, habe mich persönlich wegen des "Negererlasses" scharf angegriffen. Er habe gefragt, wie das Ostministerium dazu käme, einen solchen Erlass herauszugeben, der mit den vom Führer aufgestellten Richtlinien nicht im Einklang stehe. Er, Middelhaue, sei auf diese Vorwürfe nicht vorbereitet gewesen und habe daher nur ein paar allgemeine Worte geäussert. Heydrich sei aber über den Erlass sehr verstimmt gewesen.

Middelhaue hat mir nach Kriegsende über diese Sitzung einen Brief geschrieben, den ich in Fotokopie beifüge.

Eidesstattliche Erklärung

In den frühen Vormittagsstunden des 5.12.1941 wurde ich von meinem damaligen Vorgesetzten im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete, Herrn Min. Dir. Dr. Leibbrandt, beauftragt, an einer am gleichen Tage stattfindenden Sitzung im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) teilzunehmen. Unter dem Vorsitz des damaligen SS Obergruppenführer Heydrich, dem Chef des RSHA, sollte über die Frage der Behandlung von Ostarbeitern (insbesondere Ukrainern) während ihres Einsatzes in Deutschland beraten und Beschluss gefasst werden.

Ausser den Dienststellen des Reichsführers SS waren sämtliche Obersten Reichsbehörden einschliesslich des OKW und des Wehrmachtführungsstabes vertreten.

SS O.Gr. Führer Heydrich eröffnete die Sitzung mit einem Überblick über die Kriegslage. (Die Schlacht vor Moskau war gescheitert; grosse Verluste an Menschen und Material entstanden). Um beides auszugleichen, sei es seiner Meinung nach notwendig, deutsche Arbeitskräfte aus der Rüstungsindustrie zum Waffendienst einzuberufen und die frei werdenden Arbeitsplätze durch Fremdarbeiter auszufüllen. Arbeitskräfte aus Nord- und Westeuropa und dem verbündeten Italien würden die Lücken jedoch nicht füllen können. Daher sei der Einsatz von Arbeitern aus dem Osten, insbesondere der bevölkerungsreichen Ukraine, unbedingt notwendig.

Heydrich ging dann auf die nach seiner Auffassung richtige Behandlung dieser Arbeiter ein und führte dem Sinne nach aus:

Während seines Fronteinsatzes im Hochsommer 1941 habe er die Ukrainer als ein Volk kennen gelernt, dass in seiner politischen Einstellung durchweg kommunistisch sei und hinsichtlich seines Lebensstandards ausserordentlich rückständig. Bei einem zukünftigen Arbeitseinsatz müsse daher absolute Trennung von der deutschen Bevölkerung erfolgen. Die Unterkünfte z.B. seien mit Stacheldraht zu umgeben und der Ausgang auf bestimmte Tageszeiten zu beschränken. Auf der anderen Seite gestatte ihre primitive Lebenshaltung eine geringe Entlohnung; die Verpflegung solle nach dem Stand der Kriegsgefangenenkost festgesetzt werden. Diesen Menschen grosszügiger entgegenzukommen oder sie gar in ihrem Lebensstandard zu heben, könne nicht im deutschen Interesse liegen. Auch kleinere Freiheiten seien politisch unklug und könnten, bevölkerungspolitisch gesehen, zu nicht erwünschten Verbindungen führen. Darum müsse er auch einen kürzlich herausgegebenen Erlass des Reichsministers für die bes. Ostgebiete scharf ablehnen.

Bei dem von SS O.Gr. Führer Heydrich zitierten Erlass handelte es sich um einen etwa Mitte November 1941 von dem damaligen Generalkonsul, Herrn Dr. Bräutigam, entworfenen und unterschriebenen Erlass, der Richtlinien für die Behandlung der Ukrainer enthielt. Eingangs war erwähnt, dass offenbar vielfach die Auffassung bestünde, bei den Ukrainern handle es sich um eine Art weisser Neger, die mit kolonialen Methoden zu behandeln seien. Der Erlass stellte dem gegenüber fest, dass die Ukrainer zur europäischen Völkerfamilie gehörten und in ihnen aus der Zeit der Völkerwanderung durch die Goten, aus der Warägerzeit und der Zeit der Schwedenkriege unter Karl

Karl XII. viel germanisches Blut sei. Diese historisch einwandfreie Tatsachen und die in dem Erlass daraus gezogenen Schlussfolgerungen für die Behandlung der Ukrainer entsprachen keineswegs den Auffassungen und Absichten des SS O.Gr. Führer Heydrich.

Die Zitierung dieses Erlasses und die daran geübte Kritik bewirkten jedoch, dass eine Aussprache in Gang kam, in der vor allem die Vertreter des Reichsministeriums für diebes. Ostgebiete, des Auswärtigen Amtes, des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums, sowie des OKW vom Standpunkt ihrer Ressorts Bedenken gegen eine ihrer Auffassung nach unsachgemässe Behandlung der Ostvölker erhoben und auf dadurch möglicherweise entstehende Rückschläge wie Bildung von Partisanengruppen, Gefährdung der Verbindungswege zur Front, Rückgang der Produktion im Reichsgebiet - hinwiesen.

Unter dem Eindruck der vorgebrachten Bedenken und der Tatsache, dass der Erlass des Reichsministers f.d.b.Ostgebiete starken Anklang bei den Vertretern der Obersten Reichsbehörden gefunden hatte, hob der SS. O.Gr. Führer Heydrich schliesslich die Sitzung mit dem Hinweis auf, dass auf Grund der vorgebrachten Bedenken eine nochmalige Besprechung zwischen dem Reichsführer SS und dem Reichsminister f.d.b. Ostgebiete notwendig sei. Zu einer Beschlussfassung kam es also nicht.

Es muss zum Schluss betont werden, dass der oben erwähnte Erlass wegen seiner grossen politischen Bedeutung, die er an sich hatte, und der günstigen Tiefenwirkung, die er in den Jahren 1942 und 1943 bei allen einsichtigen Beamten der Ostverwaltung tatsächlich gehabt hat, der Unterschrift des Ministers oder seines ständigen Vertreters bedurft hätte.

Nur wer die aus mancherlei Gründen so zahlreichen inneren und äusseren Schwierigkeiten des Reichsministeriums für die bes. Ostgebiete kennt, kann das hohe Mass an politischer Klugheit und menschlichem Anstand würdigen, das Herr Dr. Bräutigam unter den damaligen Umständen mit der Unterzeichnung jenes Erlasses sowohl seinem Volke wie auch einem Fremdvolke entgegenbrachte.

(Friedrich Middelhaue)

von 1941 - 1944 Referent im Reichsministerium f. d. b. Ostgebiete.

Institut für Zeitgeschichte-Archiv

Rustichim

→ 70 27.

01. 70 + 00

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

25-40013-10

11

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

25-400/3-11
M
Ergänzungen Brautigam ✓

Ableyung Dipl.
Ergänzungen (Ordnungsamt, Reichs-
Kommissare)

Margaritenstr. 17. Früheres Privathaus, was Rosenberg sich fuer das Aussenpolitisch
Amt genommen hatte. Haus aus der Zeit der Jahrhundertwende. Schoenes altes Berliner
Haus. Etwa 20 teils grosse, teils kleine Zimmer. Rosenberg war dauernd dort.

Das Haus nebenan war seine Parteidienststelle. Reichsleitung, Dienststelle des
Beauftragten des Fuehrers fuer die Weltanschauliche Ausrichtung (?). Rosenberg
hatte ein nettes grosses Zimmer, normaler Schreibtisch, ein paar Schraenke, runder
Tisch mit 3 bis 4 Stuehlen. Vorzimmer Dr. Koeppen, SA Sturmfoehrer, sein Adjutant.
Koeppen hatte gar kein Format, ein braver junger Mann, der aufspritzte, wenn
Rosenberg erschien, konnte die Akten richtig ordnen, heraussuchen, was gebraucht
wurde usw. Bei der Gruendung des Ostministeriums am 17. Juli wurde er ins Fuehrer-
hauptquartier als Verbindungsmann gesetzt. Jeder, der etwas auf sich hielt, hatte
dort seinen Verbindungsmann. Der Fuehrer ass in diesem Kreise seiner Adjutanten und
Verbindungsoffiziere. Bei Tisch mussten sie die Ohren spitzen und hoeren, was der
Fuehrer sagte, um es bruehwarm ihren Chefs mitzuteilen. Danach richteten sich dann
die Chefs, das wurden die Fuehrerbefehle. Wachten noch was dazu. Ein Mann mit
Format haette manchmal den Fuehrer angehen koennen. Koeppen war reiner Handlanger.
In der Margaritenstrasse sassen Schickedanz und Leibbrandt.

Arno Schickedanz, Stabsleiter Rosenbergs im Aussenpolitischen Amt. Er war ein
Mitschueler von Rosenberg in Estland. Sie duzten sich. Er hatte einen unheilvollen
Einfluss, er war nicht dumm, ganz klug, aber rein negativ eingestellt. Sprang mit
Rosenberg kameradschaftlich um. Riss alles herunter, kritisierte alles, hat aber
nie mal was besseres gebracht. Vielleicht etwas juenger als Rosenberg. War ziemlich
klein, unbedeutend, mehr schlanke Gestalt, keine Brille, ^{gerichtetes} stark gelichtetes Haar,
ging etwas gebueckt, unmilitaerisch, man haette ihn nicht als SA-Fuehrer
ansprechen koennen, trug Stabsleiteruniform, listiger Mephisto, hatte etwas
Verschlagenes, ganz leichter baltischer Akzent, nicht ausgepraegt. Hatte eine

Institut für Zeitgeschichte
München
ARCHIV

1307/54

geisteskrankte Frau mit hysterischen Anfaellen. Ich habe einmal eine scheussliche Szene mit ihr erlebt bei Horcher. Schickedanz sass immer dort. Es war ein neuer Pikkolo dort, der Alfred hiess. Horcher rief nach ihm, da stand Frau Schickedanz auf "Wie koennen Sie einen Pikkolo Alfred nennen?" Die Gaeste wurden aufmerksam. Horcher war perplex. Sie war eine Verehrerin von Rosenberg. Horcher hatte solche Szenen schon mehrfach erlebt. Schickedanz sass dabei und wagte nichts zu sagen. Sie war keine auffallende Frau, flatterhaft, nervoes. Trat sonst nicht in Erscheinung. Schickedanz war voellig unmitlaerisch und waere fuer den Kaukasus eine Katastrophe gewesen. Ich habe mal zu Leibbrandt gesagt, wenn irgendwo eine militaerische Gestalt erforderlich ist, dann im Kaukasus. Leibbrandt meinte, die Hauptsache waere, dass disser Mann hier wegkaeme. Wenn Rosenberg mal ganz friedlich war und Schickedanz kam zu ihm, war er hinterher wie umgewandelt. Dabei hatte Schickedanz nie einen Posten im Ostministerium. Er bildete einen ^{Stab} Stab Kaukasus. Er war sehr eifrig, sich einen Posten vorzubereiten. Er hatte seine Generalkommissare und Gebietskommissare fuer jede Stadt. Hatte sich ein Miesenvorratslager in Rumaenien angelegt. Wollte ein Motorsegelboot haben. Ich sollte etwas veranlassen deswegen beim Heer. Seine Taetigkeit bestand nur in der Vorbereitung seines Reichskommissariats Kaukasien. Er sass immer in der Margaretenstrasse, am Schluss im Nebenhaus. Seine Leute hatten, bestimmt zwei Jahre lang, nichts anderes zu tun, als sich auf ihre Rolle im Kaukasus vorzubereiten. Godes sollte Generalkommissar fuer Georgien werden. Godes war in der Auslandsabteilung der Arbeitsfront. Hat Schriften ueber den Kaukasus herausgegeben, schrieb aus alten Berichten praegnante Kapitel ab. Ab 1943 wurden sie dann ^{zur Verfuegung} zur Verfuegung gestellt unter der Bedingung, dass sie auf Anordnung wieder zurueckkaemen. Das Aussenpolitische Amt der Partei ist offiziell nie aufgeloeset worden, hat aber praktisch nicht mehr bestanden. Rosenberg hat immer sein Zimmer beibehalten, meistens vormittags Ostministerium, nachmittags da. In die freien Raume setzte er seine Parteidienststelle. Rednermaterial wurde herausgegeben.

an die Gauredner gingen die Sachen. War eine Quelle ewiger Reibungen mit Goebbels. Ging ja ineinander ueber. Schickte diese Sachen munter herauf. Habe manchmal zufaellig solche Sachen gesehen. Sehr viel Neues wurde nicht gebracht. Alte Themen. Aussenpolitisches Amt: Scheidt war nordischer Bearbeiter, Norwegen, Schweden, ^{Dänemark} Finnland. Hat eine Reise nach Finnland gemacht. Er war der einzige, der aus dem Aussenpolitischen Amt kam. Er kannte auch Russland nicht. Er war gut gewachsen, angenehm im Verkehr, humorvoll. Sein Vortrag ueber Finnland war sehr ordentlich. Leiter der Kulturabteilung. Ich habe mit ihm eine Zeitlang Zimmer an Zimmer gesessen. Richtlinien hat er nie fertig gebracht. Mischte sich in Kleinkram. Hat sich auch gar keine Muehe gegeben, russische Kultur zu verstehen. Er stammte wohl aus Norddeutschland. Hat sich mehr um baltische Fragen gekuemmert. Lohse war Schirmherr der Nordischen Gesellschaft. Draeger war Generalsekretaer (?) der Nordischen Gesellschaft.

Rosenberg: Etwa 1,77 m grosse, gut aussehend, weiche Gesichtszuege, grave Schlaefen, ^{blondes} kastanienfarbeneres Haar. Er war sehr ruhig, zurueckhaltend, hoefflich, hatte angenehme Umgangsformen. Es wurde ihm schwer, ausfallend zu werden. Wenn er "Herr Doktor" zu mir sagte, war dicke Luft. Sonst nett im Wesen. Man hatte das Gefuehl eines schwaechlichen Charakters, alles Plumpe war ihm zuwider. Mit schreierischen Leuten wurde er nicht fertig. Konnte nicht gut diskutieren, obwohl er sehr viele Reden hielt. Mir haben seine Reden nicht imponiert, er rasselte sie so herunter, immer gut vorbereitet. Zu bestimmten Themen hatte er seine fertigen Reden. War weltanschaulich nicht sehr beweglich, obwohl er in praktischen Fragen immer mit sich reden liess, auch in der Judenfrage. War fuer seine Mitarbeiter angenehm, schlug selten etwas ab. Liess sich gut leiten, widersprach nicht, hoerte jeden gut und ruhig an. Setzte sich wohl auch fuer eine Sache ein, am liebsten brieflich. War ueberhaupt sehr schnell im Diktieren von Briefen. Privat wohnte er in Dahlem, Podbielskiallee(2)

Er hatte gar keinen persoelichen Kontakt mit seinen Mitarbeitern. Ich bin im Oktober 1941 ein paar mal bei ihm gewesen, als ich Leibbrandt zu vertreten hatte. Rosenberg hatte ein chronisches Beinleiden, Trombose oder Venenentzuendung, es war ihm mal ein schwerer Gegenstand auf den Fuss gefallen. Lag jedes Jahr ein paar Wochen, ging immer mit Stock, legt in seinem Zimmer gern mal das Bein auf einen Stuhl. Manchmal zog er sein Bein etwas nach. Fuhr sein Auto selbst. Kleiner Wagen, vielleicht BMW. Ich bin etwa fuenf Tage damals jeden vormittag bei ihm gewesen, zusammen mit Zimmermann. Privathaus, sehr elegant eingerichtet, war vielleicht ein beschlagnahmtes Judenhaus, eine aeltere, pompoes eingerichtete Villa. Er war verheiratet. Die Frau trat nie in Erscheinung, es hiess, es waere seine zweite Frau, die erste sei gestorben. Er hatte auch Kinder, zumindest eine Tochter. So zum Schluss des Krieges 1944, sah ich mal ploetzlich vor meinem Fenster in ~~Mueswald~~ ^{Michendorf} ein junges Maedel im Reitanzug, etwa 16 Jahre alt. Es hiess, es sei Rosenbergs Tochter. Manchmal Besprechungen am Weissen Tisch, die aber nie in seinem Hause stattfanden, sondern bei Gauleiter Mejer, der ein Haus "Im Dohl" in Dahlem hatte. Strohbedecktes Haus, tief im Garten, sehr elegant. Rosenberg hatte am Mondsee einen Besitz, wohin er manchmal in Urlaub fuhr. Nahm aber selten Urlaub, war sehr gewissenhaft, puenktlich, arbeitete den ganzen Tag. Bueromensch. Machte auch nebenher alles moegliche, Nietzschefeier, wo er Rede ueber Nietzsche hielt. Bei Unterredungen mit Koch oder Bormann wurde er absolut ueberfahren, setzte sich schwach und ungeschickt zur Wehr. Er konnte auf diesen Ton nicht eingehen.

Siedelte dann in die Rauchstrasse 14 ueber. Fruehere jugoslawische Gesandtschaft im neuen Gesandtenviertel. War erst kurz fertiggestellt, sehr praktisch und ordentlich. Riesenraeume, Konferenzsaal. Er hatte dort ein sehr grosses Zimmer. Das Haus war villenartig, hatte nicht viele Raeume, Hauptabteilungschef, Presse. Gleichzeitig besetzte er die Handelsvertretung. Das war ein Tip von mir. Die Botschaft wurde versiegelt, die Handelsvertretung nicht. Lietzenburgerstrasse 11, Er

bei ihm stieg als vorläufige Notmaßnahme

hatte sich Genehmigung von Hitler dazu geholt. Die Botschaft war sehr verkommen und ungeeignet. Versiegelung durch die Schweden wurde nicht anerkannt, es wurde einfach eingedrungen, wurde vollstaendig ungebaut und war im August 1942 fertig. Dann Uebersiedlung in die Botschaft, weil groesser. Meissner hatte ein Auge auf die Rauchstrasse fuer Gaeste. Nur die vornehmsten Gaeste wohnten im Bellevue, einem alten Schloss am Tiergarten, das als Gaesteheim hergerichtet worden war fuer die Reichsregierung. Rauchstrasse: Rosenberg, Gauleiter Mejer mit seinem Stab, brachte seinen Adjutanten und meistens einen Wirtschaftler mit, Leibbrandt und ich. Ich kam zu Beginn des Ostfeldzuges zum OKH. Mein Zimmer war nicht zu halten, es kam Presse hinein. Spaeter habe ich mir ein Zimmer eingebaut. Kranz, Zimmermann, Presseverwaltung, v. Stackelberg, Scheidt, v. Mende, Knuepfer, Runte usw. Moderner Stil, hell getuencht, Mittelding zwischen Privatvilla und einer Behoerde, moderner Aufgang, Riesenvestibuel mit Nischen mit Sesseln zum Warten. War innen viel weitlaeufiger, als es von draussen aussah. Eckhaus in der Rauchstrasse am Luetzowufer. Rosenberg sass parterre, Vorzimmer Dr. Markert, ^{quart} SA Standartenfuehrer, geistig hoener stehend als Koeppen. Dieser war nur kurz in der Rauchstrasse, dann Fuehrerhauptquartier. Danach kam er zurueck in die Margarotenstrasse. ^{quart} Markert war ein biederer Bayer, ordentlicher Mann, ohne Einfluss, fuer uns sehr angenehm, arrangierte oft, dass man zu Rosenberg konnte, gab vertrauliche Auskuenfte, schimpfte auch manchmal auf seinen Chef. Manchmal etwas grob. Kein Mann, der grosse Ratschlaege gegeben haette oder etwas vom Osten verstand. In der Handelsvertretung Abteilungen von Runte, Gesundheitswesen, allgemeine Verwaltung, Abteilung Justiz, Personalien, Finanzen. Reichte nachher auch nicht. Dazu grosses Haus in der Kurfuerstenstrasse und ein Haus Burgstrasse 5.

Am 20. April ¹⁹⁴⁴ wurde Rosenberg beauftragt mit der politischen Neugestaltung des europaeischen Ostens. Bei der ^{hier} Geburtstagsfeier. Ich nahm an, dass diese Sache mehr ein Pflaster fuer Rosenberg sein sollte. Die ganze Einrichtung war ein Fehlschlag. Es wurde eine Instanz ueber die Reichskommissare gesetzt. Das haben diese nie ver-

wunden. Es waere viel richtiger gewesen, einen kleinen Stab von Kennern zu nehmen, die die generellen Richtlinien ausgearbeitet haetten.

Damals war alles sehr geheim, niemand durfte etwas ahnen von einem Ostministerium. Deshalb konnten keine Vorbereitungen getroffen werden. Ende Maerz 1941 meldete ich mich im Auswaertigen Amt bei Herrn Schnurre. Er sagte mir, es gaebe naechstens Krieg, ich koennte nicht da unten bleiben. Ich hatte alle meine Leute noch dort und wollte mich versichern. Ich ging zu Leibbrandt, den ich von frueher kannte. Er sagte mir, das stimme. Er hatte Rosenberg gleich mich genannt als Mitarbeiter. Rosenberg schrieb an Ribbentrop und dieser gab mich zur Abkommandierung frei.

Es gab Krach deswegen. Das OKH hatte Rosenberg gebeten, Verbindungsleute zu den Heeresgruppen zu schicken. Der Generalquartiermeister hatte harmlos bei Rosenberg angefragt, es waere ihm gesagt worden, dass das Ostministerium zustaendig waere, aber das Aussenministerium schickte doch auch Verbindungsleute. Rosenberg schrieb einen groben Brief an Ribbentrop. Grobe Antwort von Ribbentrop. Hatte sich geaergert. Hat seine Verbindungsleute zurueckgezogen. Aber kein Mensch sollte mehr abgegeben werden. Ich bin ab 21. Mai jeden Tag mal eine Stunde in die Margaretenstrasse und habe mir die Projekte angeschaut. Muss Rosenberg selbst gemacht haben. Jeder Staat sollte nach Osten einen Auslauf haben. Gebiete fuer die Zuwanderung. ~~Wir redeten~~ ~~ihm das aus.~~ Es fanden ein paar Besprechungen statt, z.B. mit dem OKW ueber Freigabe von Leuten. Mejer tauchte bald auf, machte diese Verwaltungssachen. Musste Leute aus der Wehrmacht haben. OKW entgegenkommend. Glaubten, es wuerde ein kurzer Feldzug. Stichwort "R" Befehl an nachgeordnete Stellen, sofort Ordensburg Kroesinsee zum Sammeln. Ich sollte feldgraue Ostuniform herausschlagen, Sachbearbeiter in der Bendlerstrasse zeigte kalte Schulter. Fuehrerbefehl: Ausser SS und Heer niemand graue Uniform. Dadurch kam diese unglueckliche Ostuniform, reiner Zufall. Ordensjunkturtuch, war vorhanden. Etwas heller als die Parteiuniform, keine Hakenkreuzbinde. In Kroesinsee versammelten sich die Leute und taten nichts. Erst am

22. Juni wurde ihnen gesagt, dass sie zu einem Einsatz im Osten bestimmt seien. Zum Teil hatte Leibbrandt auch Leute vorgemerkt. Rosenberg hatte Schulungshaus, Parteipolitisches Schulungsamt, in Dahlem, Podbielskialle, Vortraege ueber weltanschauliche Fragen. Das Auswaertige Amt ^{hatte} ~~bekam~~ ^{Erlass} ~~Erlass~~, alle Beamten auf Urlaub sollten sich zu Vortraegen melden. Leibbrandt hielt auch Vortraege.

Aus den Kreisen der Russlanddeutschen waren auch Leute vorgemerkt. Persoenliche Auslese. Dann Ordensjunker. Wurde alles in dieser Zeit vorbereitet.

¹⁹⁴¹
16. Juli. Ich sass friedlich im OKH. Anruf von Leibbrandt. Rosenberg kaeme morgen zum Fuehrerhauptquartier. Es waere selbstverstaendlich, dass ich Rosenberg auf dem Flugplatz empfinde und ihn begleite. Am ^{schiffen} ~~dem~~ Tage wurde er feierlich zum Ostminister ernannt. Ich sass im Mauerwald. Flughafen Rastenburg. Er erschien mit Koeppen in Ju 52, in Uniform. Es war ein Wagen geschickt worden, wir fuhren zum Fuehrerhauptquartier. Man musste durchgeleitet werden, Kontrollen schwach. Erster Sperrkreis, zweiter innerer Sperrkreis, Namen notiert. Rosenbergs Stimmung war gut. Das Kasino, wo Hitler ass, war Waerteraum. Sehr primitiv, Holzbaracke, langer Tisch mit entsprechenden Stuehlen, wertlose Bilder an den Waenden, runder Tisch mit Sesseln in der Ecke. Reichte gerade fuer 20 Leute. Hitler erschien, Begruessung, Vorstellung, gingen zum Essen. Ich war ueberrascht, dass ich da mitessen durfte. ~~Zeit~~ ^{Zeit} gegenueber von Hitler, Rosenberg rechts, Dietrich, Jodl, ~~Birler~~, Bormann, bescheidenen Eindruck, NSKK Gruppenfuehrer. Drei Wehrmachtsadjutanten, Putkamer Marine, Schumann Heer, Bodenschatz Luftwaffe, SS Obergruppenfuehrer Wolff fuer Himmler. Flugzeugfuehrer Baur, Aerzte Morell und Brandt und Photograph Hoffmann. Fanden sich alle um 2 Uhr zusammen. Hitler begruesste Rosenberg sehr freundschaftlich. Sah an sich gut aus, nicht mehr so imponierend wie frueher, ging etwas gebueckt, gar nicht martialisch, freundlich. Links von Hitler sass Jodl. Rechts von Rosenberg sass Dietrich. Waehrend des Essens war die Unterhaltung allgemein. Hitler redete die ganze Zeit. Meistens war ein Pressetelegramm Stichwort, daran

knuepfte er an. Das wurde absichtlich so gemacht. Das Essen war bescheiden, aber
genuegend. Hitler bekam besonderes Gericht, ein Muesli, ass kein Fleisch.

SS-Leute servierten, wurden ueberwacht und dirigiert von einem SS-Unteroffizier
in langen Hosen, der am Eingang stand. Nach dem Essen zogen sich die Herren zur
Unterhaltung zurueck. Ich war nicht dabei. Lammers und Keitl waren wohl zugegen.

Da wurde die Ostgeschichte ausgetragen. Alles dies am 16. Juli. Es fand eine
lange Besprechung statt, spaeter, etwa um 4 Uhr, wurde noch Goering zugezogen.

Als er kam, wurde eine Tasse Kaffee getrunken, dann Fortsetzung der Besprechung.

In der Wohnung des Fuehrers, Betonbunker. Besprechung: Ernennung Rosenbergs,

Lammers musste die Papiere ausstellen, Abgrenzung des Bezirks Rosenbergs, Ost-

bezirke, scheussliche Amputationen wurden vorgenommen. Galizien zu Franck, Bezirk

Bialystok aus den besetzten Ostgebieten herausgenommen, der Verwaltung des Gaues

Ostpreussen unterstellt. Schachzug von Koch, nicht einverleibt, sondern es hiess

nur mitverwaltet. Koch hatte sich beim Zusammenbruch Polens den Bezirk Ziech^(Ziechanow)anau

angeeignet, daran schloss sich Bialystok sehr schoen an. Schuf sich dadurch eine

Landbruecke von Ostpreussen zur Ukraine. Rosenberg kam aus der Sitzung und er-

zaehlte. Er hatte Konzessionen machen muessen. Er meinte, es sei nicht so schlimm.

Die Ukraine sollte im Osten entschaedigt werden und bis an die Wolga gehen. Es war

furchtbar schwer, geeignetes Personal fuer die Ukraine zu bekommen. Die Intelligenz

sass in Galizien. Wenn man ueberhaupt eine positive Ukrainepolitik machen wollte, w

war man auf die Galizier angewiesen. Waren viel nationalistischer, aufgeputscht

durch die Polen. Dafuer waren die russischen Gebiete im Osten kein Aequivalent,

außer dem russischen Gebiet im Osten das einzige Gebiet der Ukraine.

trats das Estrelisse. Dann sind die Personalien geregelt worden. Lohse war der

Vorschlag von Rosenberg. Lohse hatte schon seine vier ~~Leute~~ ^{Personen} ~~Leute~~ ^{Personen} zur Grund-

die Debatte ueber die Ukraine. Rosenberg wollte Koch nicht. Entweder Mejer oder

Sauckel. Goering wollte Koch. Die Leute standen unter dem Eindruck eines Drei-

Monats-Feldzuges. Rosenberg fiel durch und konzedierte Koch. Dafuer setzte

to Prefecture of the Home

Public Works 94 - Home

Stimmer, Hans on 19 July

1941

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Rosenberg gegen den Willen von Goering Schickedanz fuer den Kaukasus durch, mit der Einschraenkung fuer das Erdoelgebiet von BaKu ein Wirtschaftler zu die Seite, Generalkonsul Neubacher, der Schickedanz sehr lose unterstellt werden sollte.

Am naechsten Tag, 17. Juli, wurden die Urkunden ausgestellt durch Lammers. Fuehrerbefehl ueber Bialystok und Galizien. Das dauerte ungefaehr den ganzen Tag. Ich ging morgens mit Rosenberg zu Himmlers Sonderzug "Heinrich". 7 D-Zug-Wagen. Die drei ersten Wagen Himmler, die drei letzten Wagen Ribbentrop und der mittlere Wagen Lammers. Wir waren sehr frueh da, ich sah durch ein Fenster, wie sich Himmler rasierte. Wir hatten weiter nichts zu tun. Lammers machte die Dokumente fertig. Personalurkunden fuer Rosenberg, Lohse, Koch usw. Rosenberg musste gegenzeichnen, fuhren abends zum Fuehrerhauptquartier zurueck, wo Hitler gegenzeichnete. Wir haben uns den Vormittag ueber unterhalten, Rosenberg, Koepfen und ich. Himmler trat nicht in Erscheinung, er hatte nichts damit zu tun. Sie gingen sich alle so ein bisschen aus dem Wege. Am Nachmittag sass ich mit Koepfen in einem Abteil, das schon zum Zuge von Himmler gehoerte, da steckte ploetzlich einer seine Nase herein, es war Himmler. "Haben die Herren schon Kaffee gehabt? Bringen Sie bitte den Herren sofort Kaffee und Kuchen." Ich hoerte, wie jemand sagte, sie haetten aber keinen Kuchen. Nach 10 Minuten hatten wir Kaffee und Kuchen. Lammers, sehr sachlich, wir assen zu Mittag mit ihm. Er sagte Rosenberg, es sei nicht so einfach, ^{an sein Maximum zu druckieren} ~~mit~~ Leuten, die in anderen Behoerden sind, man machte das besser in Form von Abkommandierungen. Es wurde weiter nichts besonderes gesprochen. Rosenberg war gehobener Stimmung. Er ging an diesem Tage mehr aus sich heraus als sonst. Zu der Zeit war ich Verbindung zum OKH. Generalquartiermeister Wagner, unter ihm mit der Abteilung Kriegsverwaltung betraut ^{Wendlandt u. a.} Schmid von Altenstadt. Uranfaenge mit ihm besprochen. Zu ihm war immer mein erster Gang. Sein Vorgesetzter war der Generalquartiermeister. Meine Taetigkeit war die, meine Nase in moeglichst viel hineinzustecken und Rosenberg zu berichten. Was die ^{Wahlberechtigung} ~~Leute~~ sagten, wie sie sich benahm~~en~~ usw., diese

ganzen Stimmungsberichte aus dem Lande. Manchmal auch Berichte von Kompanie-
 fuhrern, Regimentskommandeuten oder Ortskommandanten. Am 29. Juni kam mir z.B.
 der Fuehrerbefehl ueber die Zustaendigkeit des Vierjahresplanes in den besetzten
 Ostgebieten in die Haende. Ich schrieb ihn ab. Rosenberg war sehr dankbar dafuer,
 er kannte ihn nicht. Bestaetigung der Macht Goerings. Da alles beim OKH durchlief,
 bekam ich viel Interessantes zu Gesicht. Auch wirtschaftliche Sachen. Die Be-
 voelkerung begruesste die deutschen Truppen als Befreier, sie waren ordentlich,
 entgegenkommend, hilfsbereit. Rosenberg hat den russischen Untermenschen nie so
 empfunden, *die ihre Bezaehrunge auf uns anerkennen*

Der naechste bedeutende Tag nach dem 17. Juli war der 25. Juli, wo die erste
 Gebietsabgabe stattfand und zwar Litauen. Wurde dem Ostministerium unterstellt.
 Kurze Zeit darauf Lettland bis zur Duena. In Form einer Mitteilung von Wagner an
 mich. Die Gebiete 200 km hinter Front waren vom Militaer abzugeben. Telefonische
 Durchgabe. Darauf erschien ein paar Tage vorher Herr Lohse. Ich hatte ihn zuletzt
 Ende Mai gesehen. Er kam zu Leibbrandt wegen der Karten. Schaute sich sein Reichs-
 kommissariat an, Ostgrenze bis kurz vor Leningrad. Er schien ganz zufrieden zu
 sein. Er war frueher Bankbeamter, gut buergerlich, behaebig, zur Korpulenz neigend,
etwas breit, runder Kopf, dunkelblond. Als er kam, war er erst bei Wagner und war
 sehr unfreundlich, warum er erst ueber Wagner muesse. Es passte ihm auch gar nicht,
 als ihm gesagt wurde, dass er einen Passierschein haben muesse, denn auch wenn die
Gebiete an die Zivilverwaltung abgegeben seien, bleibe an der Reichsgrenze eine
Kontrolle. Das sah er widerwillig ein. Er draengte, er wolle am Abend noch zu Koch.
 Er war der erste in der neuen Uniform. Er kam mit vier Leuten an, sie hatten noch
 keine Abzeichen. Er sah genau aus wie sein Chauffeur. War alles ziemlich formlos,
 brauste schnell wieder ab.

Lohse

Wagner: Sehr ruhiger und ungemein fleissiger Mann. Er war bei allen Gruppen des

Generalquartiermeisters unbeliebt, weil er sehr streng im Dienst war. Er stand auf dem Standpunkt, dass seine Offiziere nicht den noetigen Ernst aufbraechten. Ungefuehr 50 Jahre alt. Wurde Generalmajor. Gute Erscheinung, sympathisches Gesicht, soldatisch, aber gutmuetig. Arbeitete jede Nacht bis gegen 2 Uhr. Fing morgens um $\frac{1}{2}$ 10 Uhr an. Erst in den spaeten Abendstunden liefen die Meldungen von vorne ein. Je spaeter der Abend, desto lebhafter wurde der Betrieb. Verwandetenmeldungen, Munitionsmeldungen, Kriegsgefangenen, Versorgung, Verpflegungsstaerke usw. Baracken in Mauerwald. Betonbunker wurden nie benutzt. Alles arbeitete und schlief in sehr langen, grossen Baracken. Wagner hatte ein etwas kleineres Holzhaeuschen. Um sich aufrecht zu erhalten, nahm er jeden Tag eine Sauna. Nach allen Regeln der finnischen Saunakunst eingerichtet. Da hatte er immer schon so gemacht. Auserwaehlten Offizieren gab er die Genehmigung, die Sauna zu benutzen, es waren nur drei Ruhebetten. Hinterher 20 Minuten unter der Hoehensonne mit Watte auf den Augen. Zwei Leute bedienten die Sauna. Da es schwer war an ihn heranzukommen, verfiel ich auf den Gedanken, die Saune zu benutzen, wenn er drin war. Wir haben da manche Gespraechе gefuehrt. Die ersten Fragen der Aufstellung von Kosakenverbaenden wurden da besprochen. "Was halten Sie davon, wenn wir aus den Kosaken Verbaende aufstellen?" Ich sagte, die Kosaken haben eigentlich einen polizeilichen Charakter bei den Russen gehabt. Grenzbewachung an den frueheren russischen Grenzen. Gefahr, dass sie Himmeler an sich nimmt. Wurden bei den Russen fuer zuverlaessig gehalten. Ob sie das bei uns auch sind, ist nicht sicher. Man muss es mal versuchen. Sie hatten in den letzten Jahren eine sehr betont antibolschewistische Einstellung gehabt. Ich koennte mir denken, dass sie treu zu uns halten wuerden. Der Versuch hat sich geloehnt. Ich habe spaeter die Statistiken gelesen. Die durchschnittliche Ueberlauerzahl lag zwischen 2 und 3 %. Also 97 % absolut treu auf unserer Seite. Meiste Ueberlauer Kasantartaren mit 5 %, geringste Ueberlauerzahl Kosaken mit 0,8 %.

Lohse war schon ernst zu nehmen, klug, rauhbeinig, aber nicht so wie Koch, hat manchmal grobe Briefe geschrieben. Konnte sehr ausfallend werden. Trotzdem kam er mit Rosenberg aus. Rosenberg war zweimal oben, ist immer reibungslos gegangen.

Lohse in Riga im Alten Schloss, das von Deutschen erbaut war. Als das Heer das Gebiet Litauen abgab, war er boese, er koenne sich nicht nach Kowno setzen. Er schickte Renteln hin. Ist kurze Zeit in Kowno gewesen, schimpfte auf das Heer und draengte, dass Riga uebergeben werde. Schloss: gelbbraeunlich in der Farbe. Hat sich spaeter eine Privatvilla genommen in Riga-Strand, 10 km von Riga entfernt. Da wohnten die besseren Rigaer. Er hat sich ziemlich unbeliebt gemacht, nicht weil er sich die beste Villa "Benjamin" nahm, sondern weil seine Frau einen Gemuesegarten wollte und deshalb die Nachbarvilla ungelegt werden musste. Riesenzimmer, nett eingerichtet, moderne Moebel. Man musste erst durch drei grosse Raeume, Wache, wohl SA aus seinem Gau. Im letzten Raum sass sein Vorzimmermann und meldete einem an.

Generalkommissar in Estland, Lietzmann, vorbildlich. Auf Schloss Katrintal bei Reval. Altes Ordensritterschloss in einem Park, in einem huedschen Waldtal. Er war sehr beliebt. Dr. Maez sagte einmal, wenn wir heute einen Deutschen zu waehlen hatten, wuerden wir nur Lietzmann waehlen. Sehr gewinnende Persoenlichkeit, aufgeschlossen, schaeetzte die Esten, tat alles, was er konnte, um den Esten das groesste Mass an Selbstverwaltung zu geben. Es war oft sehr schwer fuer ihn. In seinem Stabe waren ordentliche Leute. Er ueberwarf sich mit Lohse. Lohse verlangte seine Abberufung. Lietzmann hatte Querverbindung zu Himmler hergestellt, der ihn auch ganz gern mochte. Dadurch wurde er gehalten. Offizierstyp, 40 bis 45 Jahre alt, SA-Gruppenfuehrer, lehnte Ostuniform ab. Er hatte mehrere SA-Fuehrer in seinem Stab. Sehr gross, schlank, lebendig, hoefflich, geistig auf der Hoeh. Er war ganz fremd hingekommen, konnte die Sprache nicht. In seinem Stab hatte er ein paar Leute aus dem Baltikum. Ein Herr v. Buxhoefer, ein Petersen. Es durften

nur die ^{Balten} ~~Leute~~ nicht zurueck, die im Zuge der Umsiedlung 1939/40 herausgebracht worden waren. Als ¹⁹³⁹ die Vertraege abgeschlossen wurden, wurde eine geheime Vereinbarung getroffen mit Moskau, dass sie alle Deutschen aus den baltischen Staaten herausliessen. Schon bevor die Russen einrueckten im Juli 1940, hat man auf die Leute eingewirkt. Es sind vom Auswaertigen Amt besondere Kommissionen gebildet worden, damit die Deutschen ausser Landes gehen. Man musste vorsichtig sein. Die Leute wurden umgesiedelt, es sollte nicht ihr materieller Schade sein. Diese Balten wurden in den "eingegliederten" Ostgebieten angesiedelt, wurden vom Rasse- und Siedlungsamt der SS betreut. Die brachten diese Baltendeutschen in die Gegend von Posen. Erst ins Lager, dann auf die Suche nach geeigneten Objekten. War nicht ganz einfach. Kein Inventar, kein Vieh. Als Hitler die ^{baltischen} Gebiete zurueck^{eroberte} nahm, kamen die Leute nicht zurueck, weil Himmler nicht wollte. Himmler Reichskommissar fuer die Festigung deutschen Volkstums. Liess die Leute nicht wieder frei. Diese Leute besonders aus der Industrie haetten ihre Betriebe wieder uebernehmen koennen. Statt dessen wurden Treuhaender eingesetzt. Die alten Baltendeutschen hatten das Deutschtum verhasst gemacht. Vor 1919 hatte diese baltischen Barone 90% des Bodens in ihren Haenden. Sie wollten ihr Land wiederhaben. Rosenberg liess nicht mit sich reden. Rosen^{berg} wurde sie zurueckgelassen haben, aber ihnen nur so viel Land geben als zu einem angemessenen Lebensunterhalt erforderlich ist. Gegen sie richtete sich die Antipathie der Letten. Mit den nachgewanderten Deutschen kamen sie praechtig aus.

X inu nips auf
in py...
Anweisung
für Baltendeutsche
Präsidenten
Moskau auf
Wardym
zu Moskau

Dr. Draxler, Generalkommissar fuer Lettland in Riga. Ist wenig in Erscheinung getreten, weil der Reichskommissar auch dort war. Kam aus Norddeutschland. Er sass auch in einem fulminanten Gebaeude, aber nicht im Schloss. Er lahnte, hatte wohl ein Holzbein, ging nur am Stock, auf den er sich sehr stuetzen musste. Etwa 45 bis 50 Jahre alt. Serioeser Mann. Machte ernsten Eindruck, etwas verbittert oder veraergert. Am meistern ueber seinen Reichskommissar. Saemtliche Generalkommissare

schimpften ueber den Reichskommissar. Er war keine geistige Persoenlichkeit,
machte etwas stumpfen Eindruck, hatte kein inneres Verhaeltnis zu den Leuten.

Adrian von Rentelen in Kowno, unerfreuliche Erscheinung. Litauen ist am schlechtest
verwaltet gewesen, nie richtiger Kontakt mit den Litauern, wollten keine Frei-
willigenverbaende stellen. Rentelen holte sich ^{im Winter 1941/42} einen alten ^{Litauer} General, der ihm Frei-
willigenverbaende aufstellen sollte. Aber als sie eingesetzt wurden, liefen die
meisten gleich zu den Partisanen ueber. Rentelen hatte eine Wirtschaftsstellung
gehabt im Dritten Reich. Ich habe mal von ihm einen Vortrag gehoert ueber ein
wirtschaftliches Thema. Gross, sah nicht schlecht aus, immer verbittert, schimpfte
ueber die Litauer. Rosenberg hielt auch nichts von den Litauern, waren nicht
germanisch bestimmt, waren katholisch. Rosenberg hat nie etwas getan, um das
Verhaeltnis abzuendern. Ich glaube, dass Rosenberg daran dachte, sie einmal
umzusiedeln. Rentelen sass in Kaunas. ^{Litauische Regierung} Litauische Regierung hatte nichts zu sagen,
mit ihr ist er sich nicht einig geworden. In Lettland und Estland waren hervor-
ragende Menschen in der Regierung. Lettland General Dankas^{lit}, frueher russischer
Offizier, in Estland Dr. Maae. Bangerski Fuehrer der lettischen Verbaende. Sprach
nicht Deutsch, nur Lettisch und Russisch. Aelterer Mann. Dankas war Vorschlag von
Kleist. Kleist war Leiter der Abteilung Baltikum unter Leibbrandt. Mir unterstellt
als Verbindungsoffizier zur Heeresgruppe Nord. Major Mueller^{Kor. Offz. aus} Heeresgruppe Mitte.
Dr. Hans Koch^{Prof. Ko.} Heeresgruppe Sueden, gab Streit, weil er ^{ukrainische} ukrainische Regierung in
Lemberg foerderte, deutscher Professor, sehr jugendlich, grosser Ukrainefreund.
War viel in Galizien gewesen. Leibbrandt wollte ihn fuer Ostministerium haben.
Aber Koch war schon bei der Wehrmacht. Die wollte ihn nicht freigeben. War Ic bei
Rundstedt. Wurde gleichzeitig der Vertreter des Ostministeriums bei der Heeres-
gruppe Sued. Koch war wohl ueber die ganzen Plaane im Osten nicht so informiert,
es bildete sich in Lemberg spontan eine ukrainische Regierung und Koch hielt ihnen
eine grosse Ansprache. Es gab einen furchtbaren Krach. Die ukrainische Regierung

braten einem Mann Ruffel von Hille mit
 wurde verhaftet. Rosenberg bestand auf Abberufung ^{von} Kochs. Das war schade, denn das
 war ein ordentlicher Mann. Nach ihm kam ein Mann aus der SA, ein Standartenfuhrer.
 Wurde vom Heer mit grossem Misstrauen betrachtet. Hatte sich betrunken in einem
 Lokal, Offiziere angepöbelt. Abberufen. Dann kam ^{von 1930} Mueller herunter. Ein Hauptmann
 Lorenz kam ^{Antoni Müller} spaeter zur Mitte. Ich hatte den Posten ^{bis Ende 1941} bis Ende 1941, behielt ihn
 offiziell bis Ende des Krieges. Lorenz war SA Sportbetreuer in Westfalen, ^{genossen} sehr
 serioser, ordentlicher Mann, ausgesprochen menschlich. Das passte nicht zum
 OKH.

Ukraine, Estland und Nordteil von Lettland wurden am 1. September abgegeben. Zur
 Uebergabeverhandlung Herr Dargel ^{zum OKH} eingeschickt. Spaeter Stellvertreter von Koch.
 Bis dahin Regierungspraesident von Ziechenau. War mehr eine Formsache. Blieben ein
 paar Tage zusammen. Dargel war ein furchtbarer Mensch, schleimig, weich, mit zuge-
kniffenen Augen, nervoes, trommelte immer mit den Fingern, etwa 45 Jahre alt.
 Sehr unangenehme, undurchdringliche Persoenlichkeit, der Kochs Ausbeutungspolitik
 restlos mitmachte. Sprach nur ein paar Worte, kaltschnaeuzig, unpersoendlich,
 arrogant. War keine imposante Erscheinung, Amtsleiteruniform.

Das Heer hatte die Feldkommandanturen und Ortskommandanturen schon dahin gelegt,
 wo wir unsere General- und Gebietskommissare hinlegten. Gerichtet nach der
russischen Verwaltungseinteilung. Gegen 20. Mai hatten wir uns von Moskau eine
 Karte darueber angefordert. Hat sich spaeter gut bewahrt.

Bräutigam

RSHA Müller

In einer Sitzung im Amt IV, Meyer, wurde bewegte Klage darüber geführt, dass ständig Tausende von Ostarbeitern unterwegs seien, um ihren Arbeitsplatz zu wechseln. Es wurde die Ziffer von 40 - 50.000 pro Monat genannt. Dies sei aus Sicherheitsgründen nicht tragbar. Bräutigam konnte darauf hinweisen, dass das "Fluktuieren" der Arbeit auch in der Sowjetpresse besprochen würde. Dass trotz schärfster Bestimmungen auch in der Sowjetunion diesem Zustand nicht abgeholfen werden konnte. Bräutigam bat also, dies nicht zu scharf zu verurteilen. Müllererwiderte, die Gestapo verfüge nicht über genügend Kräfte, um alle diese Personen mit Gewalt an ihre Arbeitsplätze zurückzubringen und fragte, was in solchen Fällen zu geschehen habe. Bräutigam und verschiedene andere Herren, auch Vertreter von GbA, schlugen vor, solche Leute, wenn sie aufgegriffen würden, dem nächsten, besten Arbeitstelle zuzuführen, was die einzige praktische Lösung erschien. Es ist erst nach dem Kriege bekannt geworden, dass sie aber Tausende von diesen Leuten in die Kz steckten. Es stellte sich heraus, dass diese zahlreichen Ostarbeitern dieman nach dem Kriege in den Kz festgestellt hat, aus solchen "fluktuierenden" Arbeitern bestanden haben, die nichts weiter verbochen hatten, als dass sie ihren früheren Arbeitsplatz auf der Suche nach einem neuen verlassen hatten.

Die langsame aber erhebliche Besserstellung der Ostarbeiter hat doch ohne Zweifel dazu beigetragen, dass sie sich anständig benommen haben. Diejenigen, die vorher am besten gearbeitet hatten, waren am Schluss des Krieges diejenigen, die streikten, um sich in alles Erde und ein Astbi zu verdrappen

Ableyger

25 - 400/3 - 27
13
Dr. Bräutigam:

Nachtrag zu der Ostarbeiterfrage.

1. Konferenz vom 31.7.1944.

(58)

Ich hatte wiederholt darauf gedrängt, dass auch von Seiten des Generals der Freiwilligen Verbände selbst Vorstösse in Bezug auf die Verbesserung des Loses der Ostarbeiter unter Bezugnahme auf das militärische Interesse gemacht würden. Ich wurde stets dahin beschieden, dass der General der Freiwilligen Verbände als militärische Dienststelle nur an seine unmittelbar vorgesetzte Dienststelle berichten könne, und, dieser das Weitere überlassen müsse. Man gab mir offen zu, dass dies in den meisten Fällen zwecklos sei, da solche in das politische Gebiet schlagenden Berichte beim Feldmarschall Keitel landeten, der in Kenntnis der Einstellung Hitlers auf diese Vorstellungen nicht reagierte.

Zu meiner grossen Überraschung berief aber General Koestring zum 31. Juli 1944 eine Besprechung in das Hotel Asplanade in Berlin ein, zu der er eine Anzahl von Reichsressorts, aber auch das Reichssicherheitshauptamt eingeladen hatte. Das Reichssicherheitshauptamt liess sich aber nur durch einen Kriminalkommissar vertreten, was schon als eine ziemliche Unfreundlichkeit gegenüber dem General zu werten war.

In dieser Sitzung zeigte es sich, dass nach dem Ausscheiden Herre's die Verbindung des Ostministeriums, dessen Zentrale sich damals in einem Wald bei Michendorf befand, zum General der Freiwilligenverbände, der inzwischen nach Potsdam übergesiedelt war, ziemlich gelockert hatte. Zur allgemeinen Überraschung

verlas naemlich der General eine Anzahl von Forderungen, die von den zustaendigen Stellen im Verlauf des ersten halben Jahres auf Grund der Bemuehungen des Ostministeriums bereits durchweg bewilligt worden waren, naemlich Entfernung der Ostabzeichens, groessere Bewegungsfreiheit fuer die Ostarbeiter, Heiratsmoeglichkeiten, bessere Verpflegung und bessere Bezahlung. Die Gleichstellung in Bezug auf die Verpflegung mit den uebrigen auslaendischen Arbeitern hatte ich allerdings erst vor etwa 14 Tagen, Mitte Juli 1944, in einer Besprechung mit den Vertretern des Reichsernaehrungsministeriums, von denen der eine Dr. Dietrich hiess, endlich erreicht.

Der Verlauf dieser merkwuerdigen Sitzung war infolgedessen der, dass sowohl der Kriminalkommissar als auch die uebrigen Vertreter der Reichsbehoerden auf die Forderungen des Generals durchweg positiv antworteten. Der General merkte garnicht, dass ein Kriminalkommissar, bzw. die anwesenden Ministerialraete diese Antworten ohne Rueckfrage bei ihren Behoerdenchefs garnicht haetten erteilen koennen, wenn sie nicht bereits vorher durchgekaempft worden weeren. Der General schloss hochbefriedigt die Sitzung und hat, wie ich spaeter hoerte, erklaert, dass er in dieser Sitzung alle seine Forderungen durchgedrueckt habe. Ich erwaehne dies nur fuer den Fall, dass General Koestring diese Sitzung auch erwaehnt hat.

25-600/3-28 14

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Braeutigam Dr

25-4003-29

30

74

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV

1307/54

Organisations- und Personalfragen. des Og/Ministeriums

Dr. Leibbrandt ging auf die Suche nach Mitarbeitern fuer seine Hauptabteilung Politik. Zu seinem Stellvertreter erkor er sich den Generalkonsul Dr. Braeutigam, der soeben vom Auswaertigen Amt aus dem Kaukasus zurueckgerufen war. Braeutigam war 1920 ins Auswaertige Amt eingetreten und von 1923 bis 1928 Vizekonsul in Tiflis, der Hauptstadt Transkaukasiens, und in Charkow, der damaligen Hauptstadt der Ukraine, gewesen. Von 1928 bis 1930 war er Leiter der Abteilungen Politik und Presse bei der Deutschen Botschaft in Moskau und von 1930 bis 1936 Referent fuer russische Wirtschaftsfragen im Auswaertigen Amt. Von 1936 bis 1939 leitete er die Konsulatsabteilung der Deutschen Botschaft in Paris, kehrte aber schon 1940 wieder zu den Ostproblemen zurueck, als ihn das Auswaertige Amt zum Generalkonsul fuer Transkaukasien ernannte. Kurz vor Beginn des ^{Wahls} Auslandfeldzuges rief man ihn nach Berlin ^{zurueck}. Dr. Leibbrandt hatte dies erfahren und veranlasste Rosenberg zu einem ^{persoenlichen} Schreiben an Ribbentrop, in dem er um die Abkommandierung Braeutigams zu seiner Dienststelle bat. Ribbentrop stimmte nach einigem Zoegern zu und liess Braeutigam, als dieser von einer Kurz in Karlsbad zurueckkehrte, durch die Personalabteilung seinen Entschluss mitteilen.

Leibbrandt hatte die Bekanntschaft Braeutigams gemacht, als er 1926 bei einer Reise durch die Deutschen Kolonien in der Sowjetunion auch im Generalkonsulat Charkow vorsprach. Er hatte damals

den Vizekonsul gebeten, ihn von Zeit zu Zeit ueber die Lage der deutschen Kolonisten in der Ukraine zu unterrichten. Braeutigam kam diesem Wunsch teils schriftlich, teils muenndlich bei gelegentlichen Urlaubsbesuchen in Berlin nach, und so blieben sie jahrelang in einem losen Kontakt. Leibbrandt war bereits 1926 auf die damals noch selten anzutreffende skeptische Haltung Braeutigams gegenueber einer Orientierung der deutschen Aussenpolitik auf ein kommunistisches Staatswesen aufmerksam geworden. Der Hinweis Leibbrandts auf die ihm bekannte Einstellung Braeutigams bestimmte Rosenberg, dem Vorschlag seines Mitarbeiters zuzustimmen, obwohl er dem Auswaertigen Amt genau wie sein Chef Hitler misstrauisch gegenueberstand.

Eine besonders glueckliche Hand bewies Dr. Leibbrandt in der Gewinnung des Professors Dr. Gerhard von Mende, der sich dem Studium der Voelker der SU gewidmet hatte und auf diesem Gebiete wohl die groessten Erfahrungen und Kenntnisse besass, obwohl er, der aus dem Baltikum stammte, die SU aus eigener Anschauung nicht kannte. Professor von Mende uebernahm die Abteilung Kaukasus und Turkestan in der Hauptabteilung Politik. Der Vertreter "endes war Dr. Knuepfer, der ebenfalls aus dem Baltikum stammte und als Privatdozent an der Berliner Universitaet Vorlesungen ueber Ostfragen hielt.

Fuer die Abteilung Ostland gewann Leibbrandt Dr. Kleist, einen Mann, der sich speziell fuer die baltischen Laender interessierte, und im sonst nicht gut beleumundeten Buero Ribbentrop durch seine

Sachkenntnis eine ruhmliche Ausnahme machte. Kleist zog seinerseits wieder recht tuechtige Mitarbeiter heran, z.B. die Herren Dr. Schuette und Thurmann, sodass er stets in der Lage war, groesse Reisen nach den baltischen Laendern, nach Schweden und Finnland zu unternehmen, was ihm mehr lag, als die Arbeit am Schreibtisch. Als Rosenberg ihn 1942 zum Ministerialdirigenten in seinem Ministerium ernannte, sagte er bei Entgegennahme der Urkunde: "Ich hoffe, Herr Reichsminister, dass ich niemals ein tuechtiger Beamter werde."

Die Abteilung Ukraine uebertrug Leibbrandt einem schwaebischen Bekannten, dem Arzt Dr. Kinkelin, der aber schon lange seine Praxis an den Nagel gehaengt hatte und sich vornehmlich mit Fragen des Auslandsdeutschtums befasste. Kinkelin war an der Umsiedlung der Besarabiendeutschen beteiligt gewesen und hatte ein warmes Herz fuer die Ungluecklichen, die Hof und Heimat verlassen mussten. Da XX alle Umsiedlungen zur Zustaendigkeit des Kasse- und Siedlungsamtes der SS gehoerten, hatte auch Kinkelin einen hohen SS-Rang erhalten. Aber die Uniform hinderte ihn nicht, mit seinen Kindern laut die Tischgebete zu sprechen. Er war ein sehr weicher Charakter und somit nicht in der Lage, die Verhaengnisvolle Ukrainepolitik des spaeteren Reichskommissars zu beeinflussen.

Es ist typisch fuer das Ministerium, dass die letzte Laenderabteilung der Hauptabteilung Politik, die Abteilung Russland, anfangs ueberhaupt nicht besetzt war und auch spaeter niemals richtig zum Tragen gekommen ist. Dies ist damit zu erklaren,

dass niemals russische Gebiete der Zivilverwaltung unterstellt worden sind.

Ausser den Laenderabteilungen schuf Leibbrandt noch eine Kulturabteilung, die ein Herr Scheidt bekam, dessen Stellvertreter Herr Miléwski-Schroeden war, der im Zuge der Verdeutschung polnischer Namen sich von der Milwe-Schroeden nannte. Beide kamen aus dem engeren Mitarbeiterstab Rosenbergs. Eine besondere Bedeutung hat die Abteilung nie erlangt. Herr Scheidt schied nach etwa einem Jahr aus, nachdem er vorher eine laengere reise durch Finnland gemacht hatte, die mehr seinem persoenlichen Interesse als einer dienstlichen Notwendigkeit entsprach. Infolge der geringen Stosskraft der Abteilung wurde das Schulreferat nach einem laengeren Kompetenzkampf an die spaetere Hauptabteilung Verwaltung und das Religionsreferat an die Abteilung "Allgemeine Politik" abgegeben.

+ Abteil. in einer
Abteilung für
psychologische
Kriegsführung?

Die Innen-
abteilung wurde
von einem Major
Cranz geleitet, der
vor dem Kriege als
Journalist tätig
gewesen und in
Frankreichfeldzug
als Flieger ab-
getötet worden war.
Sein Vertreter war
Job Kimmernann,
Redaktionsmitglied
des "Völkischen Beobachters".
1945 wurde die Innenabteilung eine
selbständige Hauptabteilung.

Die Abteilung "Allgemeine Politik" war Bräutigam zugeordnet. Sie sollte alle politischen Fragen von allgemeiner Bedeutung behandeln, also in erster Linie solche Fragen, die ueber den Rahmen einer Laenderabteilung hinausgingen. *Die Abteilung entwickelte sich* +

Die Aufgliederung dieser Abteilung ^{gen} war staendig im Fluss und ist bis zum Ende des Ostministeriums niemals zum Abschluss gelangt. Sie wurden vielfach kuenstlich aufgeblaeht, um vom Finanzministerium moeglichst viele etatmaessige Stellen herauszuschlagen. So wurden haeufig Referate gegruendet, die neimals besetzt

wurden. Sein Vertreter war Job Kimmernann, Redaktionsmitglied des "Völkischen Beobachters". 1945 wurde die Innenabteilung eine selbständige Hauptabteilung.

worden sind und nach einiger Zeit sang- und klanglos untergingen. In diesen Verwaltungsfragen tobte sich in erster Linie der Gauleiter Meyer aus, der hier ein Betätigungsfeld gefunden zu haben glaubte, alldieweil er von den Ostfragen nichts verstand.

Dr. Meyer hatte auch einen Herrn mitgebracht, der die allgemeinen Fragen der internen Verwaltung bearbeiten sollte, also die Unterbringung, die finanziellen Angelegenheiten, Anschaffung und Verwaltung des Inventars und der Materialien, Anstellung des Hilfspersonals und dergl. Es war der von der Partei eingesetzte Landesherr von Schaumburg-Lippe, der offenbar eine sehr niedrige Parteinummer hatte. Denn er erwies sich als voellig unfahig seiner Aufgabe gerecht zu werden, sodass er nach kurzer zeit nach Bueckeburg zurueckgeschickt werden musste. Dort hat er wohl noch jahrelang segensreich regiert.

Nach diesem ersten Misserfolg holte sich Dr. Meyer einen versierten Regierungspraesidenten, der schon einmal Ministerialdirektor im Reichsernahrungsministeriums ^{Regierungspräsident Strunke} gewesen war. Dr. Runte verstand aber seinen Auftrag falsch und schuf nicht eine allgemeine Verwaltungs- und Personalabteilung, wie sie jedes Ministerium besitzt, sondern neben der Hauptabteilung Politik eine Hauptabteilung Verwaltung, der er dieselbe Aufgabe zudachte, wie sie ein preussisches Ministerium gegenueber den Oberpraesidien hatte. Er gliederte die Hauptabteilung in eine Abteilung Allgemeine Verwaltung, eine Abteilung Gesundheitswesen, eine Abteilung Schulwesen, eine Abteilung Justiz und im Laufe der Zeit in noch

einige andere, sodass bei Beginn des Ostfeldzuges bereits 2 Haupt-
abteilungen bestanden, die in heftiger Kompetenzfehde miteinander
lagen. Da Runte durchweg geschultes Verwaltungspersonal mitbrachte,
so war seine Arbeit systematischer und seine Ausarbeitungen atme-
ten den Geist preussischer Beamtenschulung. Er verschaffte sich
die ~~Gesetzes~~ Sammlung des Generalgouvernements und pruefte, welche
in Polen erlassenen Gesetze fuer die Ostgebiete gleichfalls zur
Anwendung kommen koennten.

*Erste Gesetzliche Vorsorge
Abteilung: "Arbeit unter Gesetz unter Druck f. europae."*

Noch handelte es sich jedoch um vorbereitende Massnahmen. Denn
weder war Rosenberg schon zum Minister ernannt, noch gab es irgend
welche Gebiete, in denen "regiert" werden konnte.

Rosenberg war aber schon jetzt in grosser Sorge, ob er allen
Personalanforderungen gerecht werden koennte, die die Verwaltung
der Ostgebiete an ihn stellen wuerde. Sobald die Reichskommissare
draussen sein wuerden, musste er damit rechnen, dass sie bei
Uebnahme von Gebieten in ihre Verwaltung das Ostministerium fuer
die sofortige Entsendung des erforderlichen Personals verantwort-
lich machen wuerde. Rosenberg hatte eine Unterredung mit dem
Staatssekretaer Stuckart vom Innenministerium, der ihm geschultes
Verwaltungspersonal anbot. Da Stuckart aber verlangte, dass diese
bewaehrten Beamten nicht irgendwelchen Parteigroessen ohne ent-
sprechende Vorbildung unterstellt wuerden, verlief die Unterredung
ergebnislos.

Erfolgreicher war schon der Stabsfuehrer der SA Victor Lutze. Dieser sah in den weiten Ostgebieten eine Pfruede fuer seine SA, deren Stern seit dem 30. Juni 1934 im staendigen Absinken war und gegenueber der SS, die wie ein Komet am Himmel strahlte, voellig zu verblassen drohte. Um seinem Schritt mehr Nachdruck zu verleihen, hatte Lutze ~~gizich~~ seinen Personalchef, Brigadefuehrer Girgenson, mitgebracht, den er nach der grundsaeztlichen ~~stuz~~ Zustimmung Rosenbergs, auf das SA-Reservoir zurueckzugreifen, gleich in der Margarethenstrasse zurueckzuliess. Girgenson war schon sehr teetig gewesen. Er hatte sich ueber die geplante Verwaltungseinteilung im Osten orientiert und fuer jede Dienststelle eine komplette SA-Besetzung ausgearbeitet. Das fuehrte zu einem Konflikt mit Leibbrandt, der gleichfalls eine Anzahl von Kandidaten, vor allem aus den Reisen der Russlanddeuten, fuer die ^{sch} Besetzung der Aussenposten zur Verfuegung hatte. Girgenson musste das Feld raeumen, aber es gelang der SA doch, ihre arbeitslosen Fuehrer, die man den Gefahren des Krieges nicht aussetzen durfte, im grossen Umfange in den Ostgebieten unterzubringen.

Das andere Reservoir, aus dem die Stellenbesetzung des Ostraums gespeist wurde, waren die Ordensjunker. Sie kamen nach ihrer Vorbildung und ihrem Lebensalter hoechstens fuer untere Stellen in Frage und entsprachen spaeter nicht einmal den fuer diese Posten zu stellenden Anforderungen. Es war ihnen aber ebenso wie den SA-Fuehrern ein solches Mass von Selbstvertrauen, um nicht einen schaeferen Ausdruck zu gebrauchen, anezogen worden, dass kaum jemand sich mit dem ihm angebotenen Posten zufriedengab, sondern

einen "leitenden Posten" beanspruchte. Viele Ordensjunker wurden infolgedessen später Gebietskommissare. Sie verfügten weder ueber Sprachkenntnisse noch ueber eine Verwaltungspraxis, aber ueber ein gehoeriges Mass von "Bohnéid", den sie an den ukrainischen Bauern nicht gerade mit besonderem Erfolg zu erproben suchten. Einige Ausnahmen bestaetigen die Regel.

Als Himmler von dieser Entwicklung hoerte, war er verstimmt. Er hatte gehofft, dass seine Polizeiverwaltung im wesentlichen auch die allgemeine Landesverwaltung uebernehmen wuerde, und mit der der SS eigenen Gruendlichkeit zahlreiche SS-Leute auf ihre Aufgaben im Osten durch Kurse und Schriften vorbereitet. Aber er hielt sich zurueck, in der Annahme, dass seine Zeit schon kommen werde.

Da Hitler sich mit Lohse bereits einverstanden erklart hatte, ging dieser an die Auswahl seiner Generalkommissare. Fuer Estland wurde der SA-Obergruppenfuehrer Lietzmann ausersehen, ein Sohn des bekannten Generals. Er erfreute sich spaeter bei den Esten groesster Beliebtheit, hatte fuer die politischen Probleme viel Verstaendnis und trat den Ausbeutungstendenzen entgegen, soweit dies in seinen Kraefte stand.

Generalkommissar fuer Lettland wurde Dr. Drexler. Er kam dadurch, dass er den gleichen Amtssitz wie der Reichskommissar hatte, weniger zur Geltung. Ein inneres Verhaeltnis zu seiner Aufgabe duerfte er kaum gehabt haben. Die Letten standen ihm kuehl gegenueber, obwohl nichts Nachteiliges ueber seine Amtsfuehrung bekannt

wurde.

Am schlechtesten war es um Litauen bestellt. Dort wurde Adrian von Kentelen zum Generalkommissar auserwaehlt. Er hatte vorher einen hohen Wirtschaftsposten im 3.Reich bekleidet und fand nun auf irgendeine wunderbare Weise den Weg nach Litauen. Er hat es nie verstanden, zu den Litauern ein tragbares Verhaeltnis herzustellen. Als der litauische Nationalfeiertag im Februar 1942 heranrueckte, setzte er seine Dienststelle in Kaunas mit Hilfe von Maschinengewehren in Verteidigungszustand, aus Angst, die Litauer wuerden an diesem Tage etwas gegen ihn unternehmen. Natuerlich blieb alles ruhig.

Lohse erklarte sich damit einverstanden, den fruerehen Gauleiter Kube zum Genralkommissar von Weissruthenien zu bestellen. Dieser uebertraf bei weitem die Erwartungen, die auf ihn gesetzt wurden. Bei den Weissruthenen war er beliebt, da er ein gerechtes Regime fuehrte. Gelegentliche alkoholische Exzesse schadeten wohl seinem Ansehen, aber sie wurden aufgewogen durch sein energisches Vorgehen gegen alle Ausschreitungen des SD und durch die schuetzende Hand, die er ueber das Judentum hielt. Dies fuehrte zu heftigen Beschwerden ueber ihn beim Reichsfuehrer SS, gegen den er sich auf die Dauer nicht durchsetzen konnte. Eine juedische Haus-angestellte wurde dem Generalkommissar 1943 vom SD aus seinem eigenen Dienstgebäude herausgeholt und verschwand fuer immer. Seine Beschwerde verhallte ungehoert. Rosenberg erklarte zwar, das Vorgehen des SD nicht zu billigen, aber er raffte sich zu keinem Schritt bei Hitler mehr auf, nachdem dieser ihm in der

Judenfrage im Herbst 1941 2 mal hatte abblitzen lassen.

Es waere so leicht gewesen, aus den Reihen des Auswaertigen Amtes geeignete Persoenlichkeiten fuer die Verwaltung der Ostgebiete auszusuchen. Aber diese "verkalkten Reaktionaere" galten in Parteikreisen als ungeeignet und daher wurde ihre Verwendung nicht einmal in Erwaegung gezogen. Gleich nach der Abstellung Braeutigams vom Auswaertigen Amt zum Ostministerium war eine heftige Fehde zwischen Rosenberg und Ribbentrop ausgebrochen, der sehr erbost war, dass seine Zustaeendigkeit in den Ostgebieten ausgeschaltet worden war, und annahm, dass Rosenberg diesen coup hinter seinem Ruecken bei Hitler gelandet habe. Ribbentrop verbot nicht nur die Abgabe weiterer Beamter an Rosenberg, sondern ordnete auch an, dass Schreiben an dessen Dienststelle nur von ihm oder dem Staatssekretaer gezeichnet werden duerften, um einen zu intimen Kontakt zwishhen den Beamten auf der unteren Ebene zu verhindern. Ribbentrop bestimmte den Gesandten Grosskopf, der die SU ausgezeichnet kannte, da er viele Jahre hindurch Konsul in Nowosibirsk und in Kiew gewesen war, als Verbindungsmann zu Rosenberg und setzte bei Hitler durch, dass er je einen "Gesandten" zu den beiden Reichskommissaren entlaenden durfte. Diese Verbindungsleute hatten die Aufgabe, im Ostministerium und bei den Reichskommissaren zu spionieren und Ribbentrop ueber alles was dort vorging zu informieren, damit er in der Lage sei, bei sich bietender Gelegenheit aus dem Hinterhalt seinen Gegner Rosenberg abzuschliessen. Ribbentrop war ueber nichts mehr erfreut, als ueber Misserfolge

Rosenbergs, ohne Rucksicht darauf, ob diese Blut kosteten und Deutschlands Siegesaussichten schmaelerten.

Anfang Juni erfolgte der von Hitler Rosenberg angekuendigte Besuch des Generalquartiermeisters, des Generals Wagner. Er war begleitet von dem Leiter der Abteilung Kriegsverwaltung, Major ^{i. d. A.} Schmid von Altenstadt, und dessen Berater in Verwaltungsfragen, dem Kriegsverwaltungsvizechef Dankwerts, im Frieden Ministerialdirigent im Reichsinnenministerium. Rosenberg seinerseits zog Leibbrandt und Braeutigam zu dieser Unterredung zu. General Wagner fuehrte aus, dass nach den an ihn ergangenen Befehlen hinter der kaempfenden Truppe erst ein Armeegebiet und hinter diesem ein sogenanntes rueckwaertiges Heeresgebiet gebildet werden sollte, in denen eine Militaerverwaltung einzurichten sei. Die Kommandanten des Armeegebiets wuerden den Armeefuehrern, die Befehlshaber der rueckwaertigen Heeresgebiete den Heeresgruppenfuehrern unterstehen. Gleichzeitig uebten sie die Aufsicht ueber die in diesen Gebieten eingesetzten Sicherungsdivisionen aus. Erst die Gebiete, die bereits etwa 200 km hinter der Front laegen, sollten an die Zivilverwaltung abgegeben werden, soweit keine taktischen Erwaegungen dies verboeten. Es sei nun selbstverstaendlich, dass in den militaerisch verwalteten Gebieten die gleichen politischen und administrativen Massnahmen durchgefuehrt wuerden, wie sie spaeter unter der Zivilverwaltung vorgesehen seien. Er bitte daher um entsprechende Instruktionen. Auch waere er fuer eine Karte ueber die geplante Verwaltungseinteilung dankbar, damit er an diejenigen Plaetze, an denen ein Generalkommissar vorgesehen sei, einen Felkommandanten und dorthin, wo ein Gebietskommissar walten sollte, einen Ortskommandanten setzen koenne. Das wuerde den Uebergang von der Militaer- auf die Zivilverwaltung sehr erleichtern. Endlich muesse er darum bitten, dass ein staendiger Verbindungsoffizier zu seiner Dienststelle, also zum Generalstab des Heeres,

Abteilung Gen Qu, kommandiert werden, damit ein staendiger Kontakt hergestellt werde. Dieser Offizier wuerde die Aufgabe haben, einerseits das Heer ueber alle geplanten Massnahmen der kuenftigen Zivilverwaltung und die allgemeine Politik zu unterrichten, andererseits die Wuensche und Erfahrungen des Heeres entgegenzunehmen und an das Ostministerium weiterzuleiten. Es muesse ein Reserveoffizier sein, da man sich im OKH nur in Militaeruniform frei bewegen koenne.

Rosenberg stimmte den Ausfuehrungen General Wagners zu und behielt sich die Benennung eines Verbindungsoffiziers vor. Es stellte sich aber sehr bald heraus, dass die Auswahl einer geeigneten Persoenlichkeit aus dem bisher vorhandenen Personal sehr schwer war. Als Braeutigam dies merkte, brachte er sich Leibbrandt gegenueber selbst in Vorschlag. Braeutigam hatte den ersten Weltkrieg als Artillerist mitgemacht, 1938 eine kurze Uebung absolviert und war Hauptmann der Reserve. Infolge seiner langjaehrigen Beschaeftigung mit den Ostfragen und seinem langen Aufenthalt in der Sowjet-Union war er fuer das Heer die geeignete Persoenlichkeit, die auf alle Fragen Auskunft geben konnte. Aber Leibbrandt wollte anfangs Braeutigam, der doch die Abteilung Allgemeine Politik uebernehmen und im Falle seiner Abwesenheit ihn vertreten sollte, fuer den Posten nicht hergeben. Schliesslich einigte man sich dahin, dass Braeutigam jeden Monat 8 bis 10 Tage nach Berlin kommen sollte, um in dieser Zeit seine dortigen Funktionen wahrzunehmen, eine Regelung, die schon deswegen zweckmaessig erschien, weil ohnehin ein persoenlicher Vortrag des Verbindungsoffiziers mindestens jeden Monat von Rosenberg gewuenscht wurde. So wurde Braeutigam fuer den Posten des Verbindungsoffiziers bestimmt. Er wurde zum Generalstab des Heeres eingezogen und meldete sich am Tage des Beginns des Ostfeldzuges als Hauptmann an der Verloaderampe in Zossen, um in zweitaegiger Fahrt, zusammen mit dem gesamten Generalstab, die Reise nach dem

Mauerwald bei Angerburg in Ostpreussen anzutreten.

Auch fuer die drei Heeresgruppen hatte General Wagner um je einen Verbindungs-offizier gebeten. Fuer den Norden wurde zunaechst Dr. Kleist bestimmt, der aber spaeter durch einen anderen Herrn abgeloeset werden sollte, um seine Abteilung Ostland zu uebernehmen. Er brauchte nicht einberufen zu werden, da er einen SS-Rang bekleidete und so ungehinderten Zutritt bis in die vordersten Linien hatte. Fuer die Heeresgruppe Mitte praesentierete sich der Staatssekretaer Kundt, der als Sudetendeutscher Fuehrer sich einen Namen gemacht hatte und nun als Major der Luftwaffe sich mit dem Antrag bei Rosenberg meldete, ihn zur Heeresgruppe Mitte zu entsenden. Welche Absichten er hiermit verfolgte, sollte sich erst spaeter herausstellen. Fuer die Ukrainearbeit im Ministerium hatte Leibbrandt Professor Dr. Hans Koch gewonnen, einen hervorragenden Ukrainekenner, der diesem Volke eine besondere Liebe entgegenbrachte. Die Wehrmacht war aber schneller gewesen und hatte Koch, der Hauptmann der Reserve war, als Ic, also als ^{Feindlage-} Nachrichtenoffizier, zur Heeresgruppe Sued kommandiert. Es gelang aber, mit dem OKH eine Vereinbarung zu treffen, dass Koch in Personalunion auch als Verbindungs-offizier des spaeteren Ostministeriums zur Heeresgruppe fungieren duerfe.

Leibbrandt hatte gehoert, dass diejenigen Minister und Parteigroessen, die irgendeine besondere Aufgabe im Osten fuer sich erwarteten, sich in der Naehel Hitlers ein Feldquartier eingerichtet hatten, um auf einen Wink ihres Chefs zur Stelle zu sein und in Berlin nicht in Vergessenheit zu geraten. Leibbrandt redete auf Rosenberg ein, sich gleichfalls in das Fuehrerhauptquartier zu begeben. Denn wenn waehrend des Ostfeldzuges irgendjemand in der naechsten Umgebung Hitlers von-noeten sei, so sei er es doch. Andernfalls bestaende die Gefahr, dass andere Personen sich in den Vordergrund schoeben und den Ostminister ueberspielten. Aber Rosenberg war nicht zu bewegen, diesem Ratschlage Folge zu leisten. Er wolle in

Berlin bleiben, da er ja auch noch ein wichtiges Parteiamt habe und sein Ministerium aufbauen muesse, was gleichfalls seine Anwesenheit in Berlin erforderlich mache.

Dieser Entschluss Rosenbergs ist fuer die ganze spaetere Entwicklung des Ostministeriums entscheidend gewesen. Die Befuerchtungen Leibbrandts waren nur zu berechtigt. Im Fuehrerhauptquartier befand sich waehrend des ganzen Ostfeldzuges niemand, der die Sowjet-Union aus eigener Anschauung kannte und mit den Problemen des Bolschewismus vertraut war. Die Hofkamarilla Hitlers, vor allem der immer maechtiger werdende Bormann, schirmten Hitler mehr und mehr von der Aussenwelt ab, sodass die Besuche Rosenbergs bei Hitler mit der Zeit immer seltener wurden und schliesslich ganz aufhoerten. Wie Hitler seinen Krieg ohne Generalstab fuehrte, so auch seine Ostpolitik ohne seinen Ostminister und politische Fachleute. Dafuer gewannen aber andere Kraefte, vor allem der spaetere Reichskommissar der Ukraine, Gauleiter Koch, sowie Himmler und Goering, einen wachsenden Einfluss auf die Ostpolitik.

Nun noch ein Wort zur Wirtschaft. Eine Wirtschaftsabteilung besass die "Dienststelle Rosenberg" noch nicht. Goering hatte ja aber auch eigene Vollmachten und Wirtschaftsprobleme waren fuer Rosenberg uninteressant. Die groesstmoeegliche wirtschaftliche Ausbeutung des Landes war die Aufgabe, die Hitler Goering uebertragen hatte, und so sah sich dieser veranlasst, gleich hinter der kaempfenden Truppe seine Leute ins Land zu senden, um zu raffen, was zu raffen war. Da aber die Gebiete unmittelbar hinter der Front der Militaerverwaltung unterstanden, musste fuer die Ausbeutung des Landes eine besondere militaerische Organisation geschaffen werden. Dies war der Wi-Stab Ost, an dessen Spitze zunaechst der General von Schubert, spaeater der General Stapf stand. Aber die Generale waren nur die aeussere Dekoration. Tatsaechlich wurde der Wi-Stab Ost von den Abteilungsleitern des Vierjahresplans geleitet, dem Ministerialdirektor Dr. Schlotterer fuer die

gewerbliche Wirtschaft und den Ministerialdirektor Kieke fuer die Landwirtschaft. Sie wurden in die Uniform eines Kriegsverwaltungschefs gesteckt, bekamen Generalsstreifen an ihre Hosen und einen Stern auf ihrer goldenen Achselstuecke, sodass sie haeufig fuer Generalleutnants gehalten wurden. Die Herren besaessen nun bereits drei verschiedene Dienststellungen. Sie waren Abteilungsleiter in ihren urspruenglichen Behoerden, also im Reichsernaehrungs- bzw. im Reichswirtschaftsministerium, bekleideten die entsprechenden Stellungen im Vierjahresplan und nun auch im Wi-Stab Ost. Es war die Idee von Gauleiter Meyer, den Herren in Personalunion auch die entsprechenden Stellungen im Ostministerium einzuraeumen. Aber das erfolgte erst im August, als das Ostministerium bereits ins Leben getreten war. Im uebrigen aenderte diese Eingliederung an den bisherigen Verhaeltnissen nur sehr wenig. Sie bedeutete letzten Endes einen Verzicht des Ostministeriums auf eine eigene Wirtschaftspolitik in den besetzten Ostgebieten. Denn dieselben Herren, die bisher als Angehoerige des Wi-Stabes Ost und des Vierjahresplans aufgetreten waren, hatten nach ihrer Einbeziehung in das Ostministerium nun auch die Moeglichkeit, im Namen dieser Behoerde Anordnungen zu treffen und brauchten nun nicht mehr, wie vorher, ihre Absichten mit dem Ostministerium abzustimmen. Sie kamen wohl zu gelegentlichen Besprechungen zu Rosenberg oder Meyer, um ihre Zustimmung zu grundsaeztlichen Fragen einzuholen. Aber diese Zustimmung erhielten sie leicht und regelmæssig, wenn sie den ueblichen Satz vorbrachten: "Der Herr Reichsmarschall wuenscht dies so!"

Der Vierjahresplan hatte eine Broschuere ausgearbeitet, die die Richtlinien fuer die Wirtschaft in den besetzten Ostgebieten enthielt. Diese Richtlinien waren rein ausbeuterisch gehalten und enthielten nichts ueber den Aufbau einer wirklich konstruktiven Wirtschaft. Auf die Beduerfnisse der Bevaelkerung wurde keinerlei Ruecksicht genommen. Im Gegenteil, es wurde ausdruuecklich bestimmt, dass keinerlei

* die gleichsam das Gegenstück zu der Broschüre des Vierjahresplans bilden sollten.

Getreide in Zuschussgebiete gebracht werden duerfe, deren es ja in der Sowjet-Union auch zahlreiche gab, z.B. die ausgedehnten Wald- und Sumpfgelände Weissrutheniens. Die Bevoelkerung muesse eben hungern.

Rosenberg war ziemlich betroffen, als man ihm kurz vor Beginn der Feindseligkeiten diese Broschüre vorlegte. Er wagte aber keinen Einspruch einzulegen, beauftragte aber Braeutigam mit der ^{erarbeitung} Ausfertigung genereller politischer Richtlinien, ^{+ politischen Richtlinien} Diese nahmen in schaeferster Form gegen die Ausbeutungstendenzen Stellung, die sich nicht mit der Parole "Befreiung vom Bolschewismus" vertrugen. Bei einem Kriege in einem so grossen Lande komme es vor allem darauf an, so hiess es in den Richtlinien, die Bevoelkerung fuer sich zu gewinnen, da eine feindselige Haltung der Bevoelkerung die Kriegfuehrung ungemein erschweren wuerde. Der Krieg werde wahrscheinlich grosse Verwuestungen im Lande hinterlassen, sodass es zweifelhaft sei, ^{ob} dass schon in diesem Jahre Getreide zur Ausfuhr zur Verfuegung stehe. Man muesse sogar mit der Moeglichkeit rechnen, dass wenigstens zunaechst noch Getreide fuer die Truppe und die Bevoelkerung aus Deutschland nachgefuehrt werden muesse.

Rosenberg billigte diese Richtlinien, die daraufhin vervielfaeltigt und an alle in Frage kommenden Stellen verteilt wurden. Braeutigam war aber kaum ein paar Tage beim OKH, als er einen dringenden Anruf Leibbrandts erhielt, der ihm mitteilte, dass die politischen Richtlinien sofort eingezogen werden muessten, da die Herren des Vierjahresplanes, vor allem die Gruppe Landwirtschaft, sich bei Goering beschwert haetten. Auf den Einwand, dass Rosenberg die Richtlinien doch gebilligt und selbst abgezeichnet habe, erklarte Leibbrandt, dass Rosenberg angesichts des geharnischten Protestes des Vierjahresplans seine Einwilligung zurueckziehe. So wurden die politischen Richtlinien zurueckgezogen, aber keineswegs durch neue, abgeaenderte ersetzt, sodass ein klares politisches Programm vom Ostminister niemals verkuen-det wurde. Dagegen wurde die "Gruene Mappe" Goerings ueber die wirtschaftliche Ausbeutung der besetzten Ostgebiete bis in die untersten Dienststellen der Wirt-

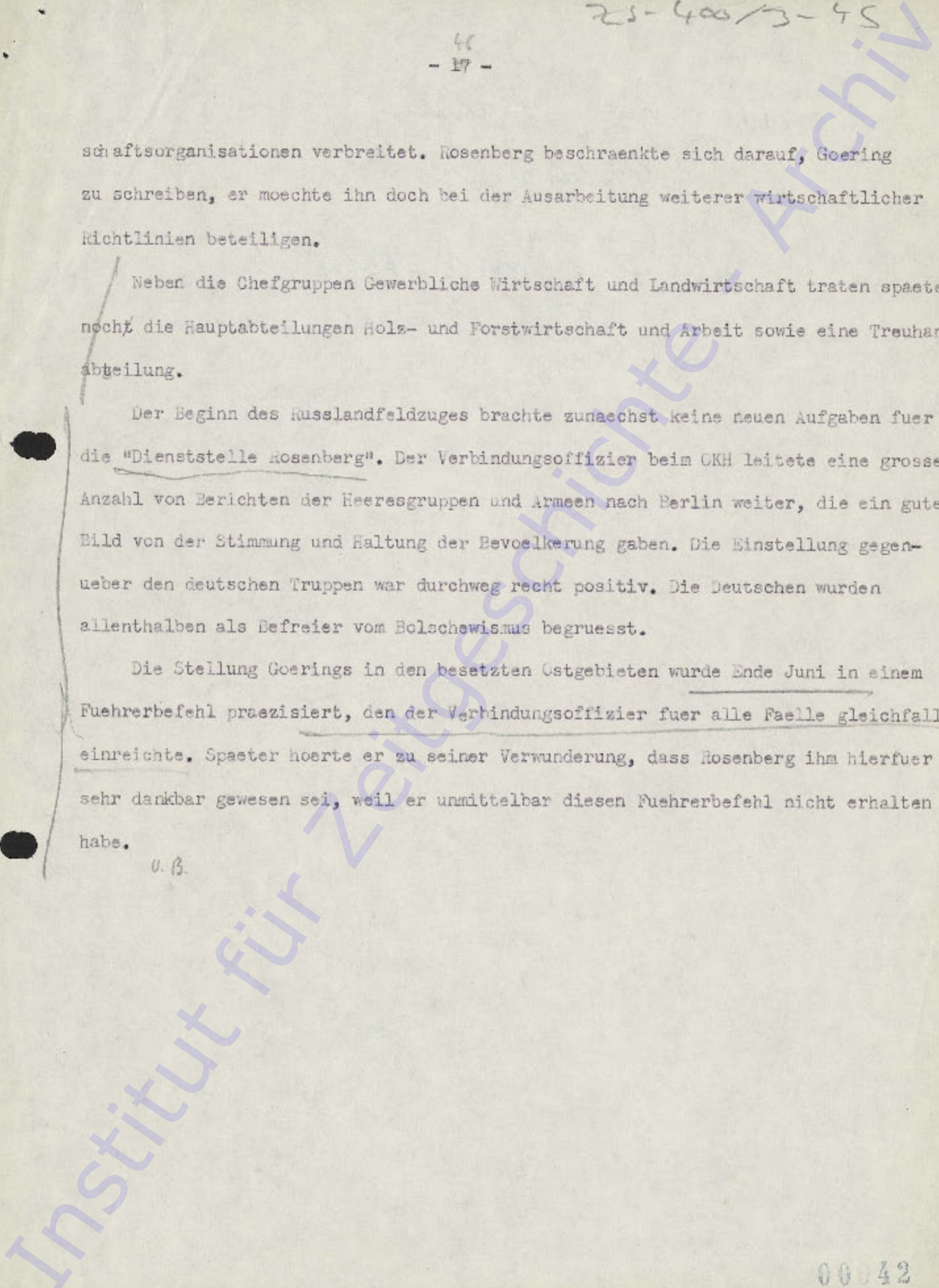
schaftsorganisationen verbreitet. Rosenberg beschränkte sich darauf, Goering zu schreiben, er moechte ihn doch bei der Ausarbeitung weiterer wirtschaftlicher Richtlinien beteiligen.

Neben die Chefgruppen Gewerbliche Wirtschaft und Landwirtschaft traten spaeter noch die Hauptabteilungen Holz- und Forstwirtschaft und Arbeit sowie eine Treuhandabteilung.

Der Beginn des Russlandfeldzuges brachte zunaechst keine neuen Aufgaben fuer die "Dienststelle Rosenberg". Der Verbindungsoffizier beim OKH leitete eine grosse Anzahl von Berichten der Heeresgruppen und Armeen nach Berlin weiter, die ein gutes Bild von der Stimmung und Haltung der Bevoelkerung gaben. Die Einstellung gegenueber den deutschen Truppen war durchweg recht positiv. Die Deutschen wurden allenthalben als Befreier vom Bolschewismus begruesst.

Die Stellung Goerings in den besetzten Ostgebieten wurde Ende Juni in einem Fuehrerbefehl praezisiert, den der Verbindungsoffizier fuer alle Faelle gleichfalls einreichte. Spaeter hoerte er zu seiner Verwunderung, dass Rosenberg ihm hierfuer sehr dankbar gewesen sei, weil er unmittelbar diesen Fuehrerbefehl nicht erhalten habe.

u. B.



Weizmann, Albert

Enseesbogen: 5 II

Wohnen mit abbebildet.

Günzburg -

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

25-400/3-46

16

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

25-400/3-42

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV
1307/54

16

Bränligam

Richtigstellung zu den Ausführungen des General KOESTRING.

Seite 3:

Die Stolypin'schen Reformen schiefen nicht ein, sondern es wurde ihnen durch den Kriegsausbruch 1914 ein vorzeitiges Ende gesetzt. Damals waren sie etwa zu einem Drittel durchgeführt.

Seite 4. letzte Zeile:

Die Engländer besetzten Archangelsk, die Amerikaner Wladiwestok und Hinterland.

Seite 5 Mitte:

Der Frieden von Riga wurde 1921, nicht 1923 geschlossen.

Seite 5 unten:

Nach der Gründung der SU (6. Juli 1923) bestand diese aus 4, nicht 16 Bundesrepubliken. Es waren diese Russland, Ukraine, Weissrussland und Transkaukasien. Erst 1940, nach der Eingliederung der Baltenstaaten und Finnokareliens stieg die Zahl der Bundesrepubliken auf 16.

Seite 6. erster Abs.:

Auf die "Leidensfähigkeit" des russischen Volkes kann es gar nicht an. Ob leidensfähig oder nicht, die Bevölkerung kann sich einfach gegen das System nicht wehren.

Seite 6. zweiter Abs.:

Der Vickers- wie der Schachty-Prozess haben sowohl die englisch-sowjetischen, wie auch die deutsch-sowjetischen Beziehungen empfindlich gestört.

Seite 7, Mitte:

Dass die "Diktatur des Proletariats" zu den Akten gelegt worden ist, ist nicht zutreffend. Auf die "Diktatur des Proletariats" wie auf die KP als Avantgarde der Arbeiterklasse wird noch heute hingewiesen.

Seite 8:

Benesch hat auch nur behauptet, dass er die Vernichtung der mit den Deutschen sympatisierenden sowjetischen Generalität, auf Grund der aus Deutschland erhaltenen Unterlagen, veranlasst hätte.

Seite 9, unten:

März, nicht April 1939 !

Seite 10, Zeile 1 - 2:

"Dieses Entgegenkommen wurde zunächst über Handelsfragen und Verträge weiter entwickelt." Es wurden von März bis August 1939 keinerlei Handelsbesprechungen geführt, noch Verträge abgeschlossen. Molotow hatte ausdrücklich die Intensivierung des Handels von dem vorherigen Abschluss politischer Verträge abhängig gemacht. Die politischen Verhandlungen wurden allerdings als Handelsbesprechungen getarnt, daher auch von dem wirtschaftlichen Russlandreferenten (Dr. Schnurre) geführt.

Seite 10, Zeile 9:

• Litauen war anfangs in das deutsche Desinteressement nicht eingeschlossen, wie Koestring 5 Zeilen weiter unten selbst erwähnt.

Seite 10:

Nach Ausbruch des Krieges ist m.W. kein Güterzug mehr über die Grenze gerollt.

Seite 11, 3. Abs.:

Die Sowjets haben nicht nur Bessarabien besetzt, sondern auch entgegen den Vereinbarungen vom 1939 einen Grossteil der Bukovina. Hier gelang es dem Botschafter einige kleine Grenzberichtigungen zu Gunsten Rumäniens durchzusetzen.

Seite 14, Mitte:

Die halbamtliche Veröffentlichung der Sowjetregierung über die Truppenbewegungen war ein Dementi der amtlichen sowjetischen Telegraphenagentur TASS und erschien nicht Mitte Mai, sondern Anfang Juni. Sie wurde in allen grossen Zeitungen, natürlich auch in der Istwestija abgedruckt. Auch die deutsche Presse brachte das TASSdementi.

Seite 15, 1. Zeile:

Die Niederlage war gar nicht so klar vorauszusehen. Wären die Völker der Sowjetunion durch die Behandlung als "Untermenschen" und durch die offenbaren Raubabsichten Deutschlands nicht vor den Kopf gestossen worden, hätte mit ihrer Unterstützung der Sieg im Osten errungen werden können.

Seite 17, oben:

Wlassow wurde erst 1942 gefangen genommen.

Seite 18, 1. Zeile:

Der Einsatz von Wlassow im Smolensk und Pleskau erfolgte erst 1943.

Seite 19:

"Es war sogar gelungen, den Widerstand des Ostministeriums für diesen Gedanken zu überwinden". Das OM hat die "Wlassow-Bewegung" als erste Dienststelle vorgeschlagen und sie später stets nach Kräften gefördert. Es war gerade der Gedanke des OM die von ihm aufgestellten nationalen Komitees aller Völker des Ostraumes in die Rolle der Verwaltungskörper hineinwachsen zu lassen.

Seite 19, unten:

Nach dem Juli 1943 durfte Wlassow als Redner an der Front nicht mehr eingesetzt werden.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Seite 22, Mitte:

"Himmlers beabsichtige Schaffung von ukrainischen Divisionen kam nicht mehr zur Ausführung" ist nicht richtig. Die 1. galizische (später ukrainische) 14. SS-Division wurde nach ihrer Zerschlagung in Galizien neu formiert und in Kroatien eingesetzt. Eine zweite war in Aufstellung. Ausserdem befand sich eine weissruthenische SS-Division in Hirschau in Aufstellung, die als SS-Einheit Siegling bereits eingesetzt war. Der osttürkische Waffenverband (Divisionsstärke) wie der kaukasische Waffenverband (in Norditalien) haben sich ebenso bewährt wie die Freiwilligen der Wehrmacht. Versagt hat lediglich mit dem Gesamtverband eine russische Einheit (3000 Mann stark), die in Glubokoje überlief. (Kommandeure Gil und Riehl).

Seite 23:

"Zehntausende Spezialisten". Die Zahl ist stark übertrieben. Die Spezialisten beliefen sich auf einige Hunderte.

Seite 24, 1. Abs.:

Es stimmt nicht, dass das Gros der Freiwilligen "Materialisten" waren. Die Freiwilligen waren im Falle ihrer Gefangennahme grausamsten Strafen und dem sicheren Tode ausgesetzt. So gehörte ein guter Teil Idealismus dazu, auf der Seite der Deutschen mitzukämpfen. Bei den Meisten war die Ablehnung des bolschewistischen Systems der Hauptgrund, der sie an unsere Seite brachte.

Seite 26:

Der Truppenübungsplatz Neuhammer liegt bei Sagan, nicht bei Breslau.

Seite 28:

An selbständige Staaten für die Wolgastaaten und die Baschkiren war niemals gedacht worden.

Seite 29, letzte Zeile:

Das Attentat auf den Generalkommissar von Weissruthenien, den Gauleiter Kube, wurde von seinem Dienstmädchen auf Veranlassung ihres Verlobten ausgeführt. Offenbar stand die GPU dahinter, die schon kurz vorher ein Attentat gegen Kube versucht hatte.

Seite 32:

Das Ostabzeichen bestand nicht aus einem "goldenen Karo Ass", sondern aus dem Wort "Ost", dunkelblau auf hellen Grund. Es galt aber nur für die Ostarbeiter, nicht, wie der General meint, für die Gefangenen.

Seite 32, Punkt 13:

Es gab nur mohammedanische oder nicht-mohammedanische Einheiten, aber keine mit Überwiegender Mehrzahl von Mohammedanern. Streitigkeiten zwischen Sunniten und Schiiten hat es nicht gegeben, diese Unterschiede waren den Mohammedanern aus der Sowjetunion nicht mehr geläufig. Theoretisch ist der Unterschied dem General der Freiwilligenverbände nur durch den über-eifrigen deutschen Leiter der Mullahschule in Güttingen nahegebracht worden. Der Mufti von Jerusalem brauchte in dieser Frage nicht bemüht zu werden und wurde auch nicht bemüht. Er selbst war Sunnit, hat sich aber immer bemüht über jegliche Differenzen in der religiösen Auffassung hinwegzusehen. Bei ihm gingen die offiziell schiitischen Aserbeidschaner ebenso ein und aus wie die sunnitischen Turkestaner, Kaukasier und Tataren. Er hat mir selbst damals erklärt, dass er das eifrige deutsche Bemühen, unbedingt zwischen Sunniten und Schiiten zu unterscheiden, nicht begreife.

Seite 36 oben:

Neben dem Schutzkorps Serbien bestand das Kosakenkorps von Pannwitz und die Kosakenlandwehr unter Domanow, zusammen etwa 50 000 Mann. Die 2. Division Wlassow stand noch nicht vollständig bei Kriegsschluss.

Seite 37:

Erfahrungen Himmlers: Die estnischen, aber auch die lettischen Verbände haben sich ausgezeichnet geschlagen, besonders die estnische SS-Division und die lettische 19. Division. Versagt haben die litauischen. Die Division "Galizien" wurde bei ihrem ersten Einsatz in eine Niederlage der beiden deutschen Nachbardivisionen verstrickt und verlor den Kopf. Nach ihrer Zerschlagung sammelten sich aber so viele ihrer Angehörigen wieder, dass mit ihnen die 14. ukrainische SS-Division wieder aufgestellt werden konnte. Diese hat sich im Kampf bewährt.

Seite 38:

"Wer sie entsandt hatte, blieb ziemlich unklar". Da Wlassow von Himmler angewiesen worden war, das Oberkommando auch über die nichtrussischen Formationen aus den Völkern der SU zu übernehmen, hatte Wlassow selbst die Einladungen der Vertreter dieser Völker angeregt. Da die offiziellen Vertreter aber absagten, hat das SS-Hauptamt in aller Eile neue "Vertreter" bestellt, die sich weisungsgemäss zu Wlassow bekannten.

Seite 39:

"Russische Einheiten". Es handelte sich in erster Linie um die Formationen der nichtrussischen Verbände (Ukrainer, Turkestaner, Tataren, Georgier, Aserbeidschaner, Armenier, Kosaken), die sich kategorisch weigerten, unter Wlassow zu kämpfen.

Seite 40, oben:

Dass damals nur eine Division aufgestellt werden sollte, hatte seinen Grund in der Wirtschaftslage. Hitler hatte damals den Befehl zur Aufstellung der "Volksdivisionen" gegeben. Ihre Aufstellung sollte der der Wlassowtruppen vorausgehen.

Seite 40, 2. Abs.:

Ich habe persönlich Meldungen gesehen, dass nach der Proklamation Wlassow's vom 14. November 1944 noch Überläufer bei uns eingetroffen sind, obwohl ein Sieg der deutschen Waffen kaum noch zu erwarten stand.

25-600/3-54

17

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Bräutigam

58

Sauckel: Gross-Aktion Ostarbeiter, als man merkte, dass der Krieg nicht im Herbst 1941 zu Ende ging. Leider waren auch in diesem Winter die Kriegsgefangenen in grossem Umfange umgekommen. Im Januar/Februar 1942 tauchte zum ersten Mal der Gedanke auf, zur Durchführung eines grossen Rüstungsprogrammes ausländische Arbeiter heranzuziehen. Speer, Gröning. Dieser Gedanke wurde an das Ostministerium herangetragen. Das Ostministerium war mit einer ~~Re~~ Werbung in den besetzten Ostgebieten einverstanden, vorausgesetzt, dass kein Zwang ausgeübt würde. Rosenberg stellte diese Bedingung. In den ersten Besprechungen wurde vor allem auf eine ausreichende Ernährung Wert gelegt, vom Ostministerium. Ich erinnere mich, dass besonders betont wurde, dass die Russen mehr Brot brauchen, dafür weniger Fleisch und Fett. Dass die Geldfrage weniger interessant wäre, weil es doch nichts dafür zu kaufen gäbe. Im Februar war die erste Panne, als man für die östlichen Arbeiter im Reichsgesetzblatt die Lohnsätze veröffentlichte. Diese Lohnsätze waren sehr gering, durch ein raffiniertes Steuersystem konnte niemand mehr als 17 Mark verdienen, obwohl die Löhne bis 80 und 100 Mark gingen. Reichsarbeitsministerium. An sich war das bei dem geringen Geldwert des Geldes nicht so schlimm, nur, dass es veröffentlicht wurde.

 Institut f. Zeitgeschichte
 München
 ARCHIV

1307/54



Gegenpropaganda, Ausbeutung. Darauf erfolgte der erste Protest des Ostministeriums beim Arbeitsministerium. Es gebe eine alte Verordnung, dass alle solche Sätze veröffentlicht werden müssten. Ende März wurde Sauckel zum GbA, Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz. In dieser Zeit erschien auch einige Mitarbeiter Sauckels mit Listen, wieviel Arbeiter sie aus den besetzten Ostgebieten aufbringen wollten. Sie hatten sich aber gar nicht informiert über die Abgrenzungen, z.B. brachten sie Odessa und Lemberg mit einer Anzahl von Arbeitern. Es war alles über den Daumen gepeilt. Diese Ziffern waren sehr aus der Luft gegriffen. Dicht besiedelten Gebiete kamen gut weg und umgekehrt. Es wurden Leute aus dem Arbeitsministerium ^{an Sauckel} abgegeben. Sauckel hat aus dem Gau Thüringen Leute nachgezogen. Es hat dann etwa Anfang April im Ostministerium eine grosse Sitzung mit Sauckel stattgefunden. Bei der Ernennung des GbA wurde bestimmt, dass er zuständig wäre in allen Gebieten des deutschen Machtbereiches. Gedanke des Territorialministeriums durchlöchert. In dieser Sitzung entwickelte er sein Programm. Er betonte und unterstrich sehr seine unmittelbare Zuständigkeit und die Verantwortung, die ihm vom Führer übertragen worden sei, Vorsitz hatte Rosenberg. Meyer, Schlotterer, Riecke, Leibbrandt, Bräutigam. Sauckel ziemlich klein, Glatze, kein Schnurbart, sprach ruhig und ordentlich. Bat um Unterstützung, wobei er darauf hinweis, dass er für die Durchführung der Werbung eigene Kommissionen in die Länder schicken würde. Es wurde dann eine Hauptabteilung Arbeit im Ostministerium gebildet, die neben die anderen Hauptabteilungen trat. An der Spitze stand formell Staatsrat Peukert, den Sauckel aus Thüringen mitgebracht hatte. Peukert war mehr Verbindungs-offizier, aber alle Fragen gingen über ihn. Er machte seinen sehr arroganten und selbtherrlichen Eindruck. Er trat sehr kategorisch auf und erklärte, dass diese Ziffern unter allen Umständen aufgebracht werden müssten. Er war äusserst rücksichtslos; sah schon so aus. Für ihn gab es nur Eines, die Planziffern

durchzuführen. Menschliche Regungen hatte er nicht. In dieser Sitzung wurde auch vom Ostministerium, Rosenberg, betont, dass aus politischen Gründen im Osten nur eine Basis auf freiwilliger Werbung möglich wäre. Sauckel stimmte dem zu. Als Vertreter von Peukert wurde in das Ostministerium ein Ministerialrat Beil abkommandiert, der genau das Gegenteil von Peukert war, sehr menschlich und soweit dies in seinen Kräften stand, auch auf eine freiwillige Werbung hinwirkte. Bereits in der ersten Zeit wurden aber Missstände bekannt, dahingehend, dass Leute zwangsweise aus dem Osten abtransportiert worden waren. Sobald wir das hörten, haben wir Meyer Mitteilung gemacht, und ich bin damals mit Meyer zum Thüringenhaus⁺ gegangen, wo die Dienststelle von Sauckel war. Dort trug Meyer die Fälle von Zwangswerbung vor, worauf ihm versichert wurde, dass dies nicht die Absicht der Zentrale sei, sondern nur nachgeordnete Stellen dies durchgeführt hätten. Aber schon bald nach dieser Besprechung hörte man allgemein von gerade zu grotesken Methoden der Anwerbung. Z.B. wurden abends die Kinos, morgens die Kirchen umstellt und die arbeitsfähigen Personen einfach festgenommen, auf bereitgestellte Lastwagen oder unmittelbar in die Züge gebracht, ohne dass diesen Leuten die Möglichkeit gegeben wurde, noch einmal nach Hause zu gehen, sich zu verabschieden oder Kleidungsstücke mitzunehmen. Auf die entsprechenden Vorstellungen wurde von Seiten des GbA erklärt, dass dies nicht angeordnet worden sei. Es stellte sich aber folgendes heraus: Der GbA gab strikte Weisungen heraus, dass bis zu dem und dem Termin aus dem und dem Bezirk so und so viele Arbeitskräfte zur Verfügung stehen müssten. Diese Ziffer wurde nun auf dem Instanzenweg weitergegeben und landete vielfach bei der ukrainischen oder weissruthenischen Selbstverwaltung, d.h. bei Rayonchefs. Es sind Fälle bekannt geworden, dass von den Kommissionen Sauckels solche Rayonchefs mit der Todesstrafe bedroht worden sind, wenn sie zu dem festgesetzten Termin die erforderliche Anzahl nicht zur Verfügung stände. Diese Rayonchefs gaben nun diese Weisung an die Stadt- und Dorfräte weiter und bedrohten

+ gegenüber dem
Hotel Kaiser
Auf in der
Adressbüchse

Inst...

diese in der gleichen Weise. So sind es sehr häufig, in dem meisten Fällen, die einheimischen Verwältungsorgane selbst gewesen, die diese Zwangswerbungen in den geschilderten Formen vorgenommen haben, weil ihnen eben schwerste Strafen angedroht worden waren, wenn das Kontingent nicht zur Verfügung stände. Es hatten sich aus diesem Verfahren Reibungen mit den Reichskommissaren ergeben. Dieser Streit endete damit, dass Sauckel im Benehmen mit den Reichskommissaren und dem Ostminister die beiden Reichskommissare zu seinen Unterbevollmächtigten ernannte. Rosenberg hatte gehofft, dass auf diese Weise die Anwerbungen in geordnetere Bahnen kämen. Dies traf auch für Weissruthenien zu. (In den Baltischen Staaten waren von vorneherein Zwangsmethoden strengstens verboten. In Estland und Lettland wurden keine Werbungen vorgenommen, da es dort selbst an Arbeitskräften fehlte. Estland Phosphorit, Ölschieferindustrie, in Kiviöli. Es fehlte in Estland so weit an Arbeitskräften, dass sogar aus der übrigen Welt noch starke Kräfte nachgeführt werden mussten). Die Ernennung Kochs zum Unterbevollmächtigten des GbA führte aber keineswegs zu der erhofften Beruhigung, denn Koch unterstützte mit allen Kräften die Arbeiteraushebungen und billigte auch die grausamsten Methoden. Er wies seine nachgeordneten Dienststellen an, den Werbekommissionen Sauckels mit allen Mitteln zu helfen. In Weissruthenien dagegen sind Fälle grausamer Werbungen kaum bekannt geworden. Die Leute gingen sofort in die Wälder. Da ging das nicht. Die auch in Nürnberg gebrandmarkten Methoden der Arbeiterwerbungen konzentrierten sich daher im Osten in erster Linie auf die Ukraine.

Die Hauptabteilung Politik hat ständig gegen diese Werbungen Einspruch erhoben, da sie die Stimmung der Ukrainer äusserst ungünstig beeinflussten und in der Folgezeit sehr wesentlich zur Verstärkung der Partisanen beigetragen haben. Alle Vorstellungen des Ostministeriums beim GbA führten lediglich zu der Antwort, dass, wenn solche Methoden stattgefunden hätten, sie auch von Sauckel nicht gebilligt würden, allerdings gab der GbA

zu, dass er die hohen Aufbringungsziffern bei starker Strafan-
drohung verlangt habe. Er berief sich immer wieder auf die un-
geheure Verantwortung, die er dem Führer gegenüber habe, da von
der Durchführung des Programms der Aufbau der deutschen Rüstungs-
industrie abhängt.

Im Reich unterstanden die Ostarbeiter dem ^{General}SB. Das Ostministe-
rium besass keinerlei Zuständigkeit, da sich diese ja ausschliess-
lich, wie schon der Name des Ministeriums sagt, auf die be-
setzten G_ebiets erstreckte. Trotzdem hat das Ostministerium in
den folgenden Jahren ständig versucht, das Los der Ostarbeiter
zu mildern. Sachbearbeiter Bräutigam. Die Schwierigkeit lag
nur darin, dass keinerlei Weisungsmöglichkeit gegeben war, son-
dern alle Erleichterungen nur im Verhandlungsweg erreicht wer-
den konnten. Die grössten Beanstandungen, die von politischer
Seite vorgebracht wurden, waren der Stacheldraht und das Ost-
abzeichen. Der ^{se}SB hatte erklärt, dass wegen der Gefahr bolsche-
wistischer Infizierung und wegen der Gefahr, dass A_genten,
Saboteure mit eingeschmuggelt würden, eine strenge Bewachung
und eine Kennzeichnung dieser Fremdarbeiter unumgänglich seien.

Da inzwischen die Freiwilligenverbände in immer grösserem Um-
fange aufgestellt wurden, und Hunderttausende von Hiwis in
deutschem Heere Dienst taten, passte die Behandlung der Ost-
arbeiter gar nicht zu dieser inzwischen sich entwickelnden Li-
nie. Die Behandlung der Ostarbeiter wirkte naturgemäss ausser-
ordentlich negativ auf die Angehörigen der Freiwilligenverbände,
vor allem, je mehr Recht diese bekamen. Es gab schliesslich
hunderte von Fällen, in denen ein Angehöriger der Freiwilligen-
verbände sich ausgezeichnet, ja Orden erhalten hatte, oder zum
Offizier befördert worden war, während gleichzeitig seine näch-
sten Angehörigen (Vater, Mutter, Bruder, Schwester) hinter
Stacheldraht gehalten und mit einem diffamierenden Abzeichen
herumlaufen mussten. Es fand daher in den ganzen Jahren eine

enges Zusammenwirken zwischen dem General der Osttruppen (später der Freiwilligenverbände) und dem Ostministerium, Abteilung Allgemeine Politik, statt (Herre - Bräutigam). Der Chef des Stabes der Freiwilligenverbände informierte die Abteilung Politik regelmässig über die negativen Auswirkungen der Behandlung der Ostarbeiter auf die Angehörigen der Verbände. Die Abteilung Politik griff diese Berichte auf, sandte sie an den GbA sowie an das Reichssicherheits-Hauptamt, mit dem Antrage, wenn irgend möglich, diese Massnahmen aufzugeben oder abzumildern. Nach einiger Zeit gelang es, die Aufhebung des Stacheldrahtes durchzusetzen, während in Bezug auf das Ostabzeichen der SD nicht mit sich reden lassen wollte. Zu erwähnen sind auch noch zahlreiche andere Beschränkungen, denen die Ostarbeiter unterworfen waren, z.B. Verbot der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel, Verbot des Besuches von Gastwirtschaften und Cafes, Theater und Kinos. Gegen alle diese Massnahmen wurden von Seiten der Abteilung Politik Proteste eingelegt, immer im Hinblick auf die negativen Auswirkungen all dieser Massnahmen auf die Freiwilligenverbände, sowie auf die Stimmung der Bevölkerung in den besetzten Ostgebieten. Es wurde damit operiert, dass die Angst als Arbeiter eingefangen zu werden, immer grösser würde, die Leute sich zu den Partisanen flüchteten und diese verstärkten, um der "Anwerbung" zu entgehen, dass die Ablieferungsfreudigkeit der Bauern erheblich zurückginge und dergleichen. Alle diese Massnahmen wurden jedoch aus angeblichen Sicherheitsgründen zunächst aufrecht erhalten. Erst in der zweiten Hälfte 1943 wurden gewisse Erleichterungen eingeführt, nämlich dann, als die SS-Führung in verstärkter Masse sich in die Postpolitik einschaltete, Interesse an den Freiwilligenverbänden bekam und nun selbst die negativen Wirkungen der Sauckel'schen Methoden zu verspüren begann.

Um den Ostarbeitern im Rahmen des Möglichen zu helfen, richtete das Ostministerium eine Zentralstelle für Angehörige der Völker des Ostens ein, der rein charitativen Zwecken diene. Vor allem wurden dort Kranke, Frauen, durch Unfälle verstümmelte Arbeiter betreut, und in besondern Heimen untergebracht. Diese Zentralstelle bekam einen eigenen Etat von 5,3 Millionen Mark. Leiter der Zentralstelle war erst Dr. Gutkelch und dann Dr. Thiele. Die Zentralstelle kümmerte sich vor allem um neu eintreffende Transporte, sorgte für vorübergehende Unterbringung, bis eine Aufteilung auf die Industrie und Landwirtschaft erfolgte. Anfangs wurden nur männliche Arbeitskräfte geholt, später gestattete Hitler, dass zur Entlastung der deutschen Hausfrau auch 400 Frauen und Mädchen aus dem Osten geholt wurden. Die Zentralstelle hat z.B. auch die Zusammenführung von Familien durchgeführt, falls durch die verschiedene Zeit der Anwerbung Mann und Frau oder Geschwister von einander getrennt waren.

Wie rücksichtslos die Anwerbungen durchgeführt wurden, geht daraus hervor, dass von einem Transport aus der Ukraine etwa 80 % wegen schwerer Erkrankungen oder körperlicher Gebrechen zurückgeschickt werden mussten. Viele von diesen Kranken sind unterwegs gestorben, die Leichen wurden aus den Zügen geworfen. Um eine Flucht zu verhindern, wurden die Waggons verschlossen und nur auf den grösseren Stationen zur Entgegennahme der notwendigsten Kost geöffnet. Es sind Fälle vorgekommen, dass die "Angeworbenen" den Boden des Waggons erbrochen haben und sich aus dem fahrenden Zug haben fallen lassen, um der Anwerbung zu entgehen. Zu Anfang der Werbung haben sich dort, wo sie wirklich auf freiwilliger Basis erfolgte, oft hunderte und tausende von Menschen gemeldet, die gern Europa kennen lernen wollten. Die Kolonnen wurden vom ganzen Dorf mit Musik zur Bahn gebracht.

Später konnte festgestellt werden, dass Briefe, die aus Deutschland eintrafen, grössten Einfluss hatten. War ein Brief positiv gehalten, so meldeten sich unverzüglich weitere Personen frei-

willig zum Arbeitsdienst. War ein Brief negativ, so flüchtete die ganze Bevölkerung beim Herannahen der Sauckel'schen Kommissionen, um der Anwerbung zu entgehen. Am 10. März 1943 nach der Verkündung des totalen Krieges fand im Propagandaministerium unter Vorsitz des Staatssekretärs eine Sitzung statt, zu der sämtliche interessierten Ressorts und Parteistellen eingeladen worden waren. Zur grossen Überraschung von Bräutigam, der zu dieser Sitzung entsandt wurde, kritisierte der Staatssekretär in scharfen Worten die Werbemethoden und die Behandlung der Ostarbeiter im Reich. Er wies auf die schädlichen Folgen hin, mit genau denselben Argumenten, die auch das Ostministerium stets gebraucht hatte und stellte die Frage, wie sich die Anwesenden hierzu verhielten. Überraschenderweise stimmten fast sämtliche anwesenden Dienststellen den Ausführungen zu. Bräutigam erhielt gleichfalls das Wort und hatte so Gelegenheit, vor einem grösserem Gremium die ihm als Sachbearbeiter besonders gut bekannten negativen Auswirkungen darzulegen. Erst im späteren Verlauf der Besprechung wagten sich einige Stimmen vor, die die bisherige Behandlung zu rechtfertigen suchten. Es waren die Vertreter der Parteikanzlei, des ^{Sektors} SD und ganz besonders die Vertreterin der Reichsfrauenführung. Die Parteikanzlei wies besonders darauf hin, dass der Führer eine enge Berührung der deutschen Bevölkerung mit den Ostarbeitern nicht wünsche, zumal man nicht wisse, was für Elemente darunter seien. Der Vertreter des ^{Sektors} SD beschränkte sich auf die Mitteilung, dass er ohne Rücksprache mit seiner Behörde keinerlei Abänderung der bisherigen Beschränkungen zustimmen könnte. Die Vertreterin der Reichsfrauenführung ^{verlangte} erklärte, dass eine scharfe Trennung der Ostarbeiterinnen [†] erfolge, dass unter allen Umständen das Ostabzeichen auch bei den Fremden beizubehalten sei, da sich erfahrungsgemäss die deutschen Männer genierten, mit einem so gekennzeichneten Mädchen über die Strasse zu gehen. Es wäre leider festzustellen, dass die russischen Mädchen den deutschen Männern offenbar sehr konvenierten. Das sei aber angesichts

† von den Deutschen

des durch den Krieg hervorgerufenen Männermangels nicht tragbar. Vor allem verlangte sie, ein unbedingtes Heiratsverbot. Die Ausführungen ~~da~~ erregten oft Heiterkeit bei den Zuhörern. Bräutigam gab Kenntnis von einem Rundschreiben der Frauenschaftsführerin Berlin-Charlottenburg, die erst kürzlich die Frauen ihres Bezirkes aufgefordert hatte, schärfste Distanz von den Ostarbeiterinnen zu halten, es wäre nicht erforderlich, ihnen ein Bett zur Verfügung zustellen. Sie seien gewohnt, auf Strohsäcken oder Matratzen zu schlafen. Unter keinen Umständen dürfe man Ostarbeiterinnen Kinder anvertrauen, sie mit diesen spielen oder spazierengehen lassen. Dieses Rundschreiben wurde allgemein missbilligt, nur von der Vertreterin der Reichsfrauenführung verteidigt.

Die Sitzung (70 - 80 Leute) wurde von Herrn Gutterer mit der Bemerkung geschlossen, dass das Propagandaministerium beabsichtige, Besprechungen über diesen Fragenkomplex künftig regelmäßig stattfinden zu lassen. Es sei ohne Zweifel gut, wenn die interessierten Dienststellen sich auch über diesen Fragenkomplex aussprächen. Es hat niemals wieder eine Sitzung stattgefunden. Dem Vernehmen nach soll dem Propagandaministerium von höchster Stelle ein Ruffel erteilt worden sein.

Das Ostministerium hatte bereits im Herbst 1942 den Versuch gemacht, seine eigene Auffassung von den Ostarbeitern im Reich zu verbreiten. Zu diesem Zwecke war der stellvertretende Gauleiter von Hamburg von Rosenberg beauftragt worden, bei den Gauleitern im Reich herumzureisen und sie auf die Bedeutung der Ostarbeiterfrage hinzuweisen. Leider hat diese Aktion einen grösseren Erfolg nicht gehabt. Der stellvertretende Gauleiter sammelte einige russisch sprechende Mitarbeiter um sich, die er in die Ostarbeiterlager schickte, um Misstände aufzudecken. Einer dieser Mitarbeiter war besonders religiös veranlagt und konzentrierte seine Tätigkeit auf die Sammlung russischer Popen, um sie durch die Ostarbeiterlager zu schicken und den armen

Heimatvertriebenen seelischen Trost zu-^{zu}sprechen. Er hatte zu diesem Zwecke ein Lager in Berlin, wo er Popen und durch diese auch Laien unterweisen liess. Als der stellvertretende Gauleiter im April 1944 starb, wurde die Stelle nicht mehr besetzt.

Ein besonders wunder Punkt war die schlechte Verpflegung der Ostarbeiter. Sie war schlechter als die der polnischen Arbeiter, und erheblich schlechter als die Verpflegung der Arbeiter aus dem Westen. Auf die Vorhaltungen des Ostministeriums erklärte das Reichsernährungsministerium (Riecke), dass die Ostarbeiter leider zuletzt gekommen seien, denn letzten beissen bekanntlich die Hunde. Man könne die Verpflegung der polnischen Arbeiter jetzt nicht plötzlich herabsetzen, andererseits fehlten die Mittel, um die Verpflegung der Ostarbeiter zu erhöhen. (Die Zahl der Ostarbeiter war inzwischen auf 2,5 Millionen angewachsen. Zahl der gesamten ausländischen Arbeiter 12 - 13 Millionen)

Es ist besonders hervorzuheben, dass trotz dieser schlechten Verpflegung die Ostarbeiter nach dem schriftlichen und mündlichen Zeugnis von Herrn Sauckel weitaus die besten Arbeitsleistungen aufzuweisen hatten, die Arbeit auch über dem Durchschnitt des deutschen Arbeiters lag. Diese letzteren haben vielfach auf die Ostarbeiter eingewirkt, ihre Arbeitsleistung herabzumindern, und sich zu ihnen geäußert, es wäre doch für sie eine Dummheit, bei ihrer Kost so angestrengt zu arbeiten. Es trat also nicht das ein, was an höchster Stelle befürchtet worden war, dass die Ostarbeiter demoralisierend ~~wir~~ auf die deutschen Arbeiter wirkten, sondern umgekehrt haben die deutschen Arbeiter versucht, den Arbeitseifer der Ostarbeiter zu dämpfen.

Es darf hier eingeschaltet werden, dass die verschiedenen Verpflegungssätze für ausländische Arbeiter es eigentlich jedem Fabrikherrn zur Pflicht gemacht hätte, so und soviel verschiedene Essen zu kochen und bei der Essensausgabe jeden erst nach seiner Nationalität zu fragen. In Wirklichkeit bekamen in den meisten Werken sämtliche Arbeiter das gleiche Essen, in dem eben

für alle gemeinsam gekocht wurde. Allerdings behagte den Ostarbeitern vielfach die deutsche Kost nicht, so dass manche Betriebe dazu übergingen, den Ostarbeitern die für sie empfangene Verpflegung zur eigenen Verarbeitung zur Verfügung zu stellen. Diejenigen Ostarbeiter, die auf dem Land bei Bauern untergebracht waren, haben fast durchweg die gleiche Verpflegung erhalten, die auch die Familie zu sich nahm. Jedenfalls sind vom Lande über mangelhafte Verpflegung von Ostarbeitern kaum Klagen laut geworden. Nach vielen Verhandlungen wurde eine Gleichstellung der Ostarbeiter in Bezug auf Verpflegung erst im Juli 1944 erreicht. Verhandlungen mit Dr. Dietrich, Reichsernährungsministerium. Diese Verhandlung fand im Hause der Zentralstelle, Prinz Louis Ferdinand 1 statt. Ich habe auch oft mit Beil über diese Fragen gesprochen. Durchgesetzt hat es das Ostministerium.

Im Frühjahr 1944 erwies es sich als immer dringender, das Ostabzeichen abzuschaffen. Bräutigam hatte hierüber im Reichssicherheits-Hauptamt zwei Besprechungen. Die Abteilung IV des Reichssicherheits-Hauptamtes hatte alle 14 Tage Sitzungen. Wenn man etwas vorzubringen hatte, konnte man sich da anmelden. Bräutigam ist zweimal in solchen Besprechungen gewesen. Im Zentrum von Berlin, nicht weit vom Schloss. Als Bräutigam zum zweiten Mal dort erschien, wurde er von dem zuständigen Sachbearbeiter, einem Kriminalkommissar, sofort mit den Worten empfangen: "Hoffentlich kommen Sie nicht wieder wegen des Ostabzeichens, ich sage Ihnen gleich, dass das aussichtslos ist". Tatsächlich wurde auch in beiden Besprechungen keine definitiven Zusagen gemacht, obwohl Bräutigam darauf hinweis, dass das Ostministerium nicht auf der völligen Abschaffung des Abzeichens bestehe, sondern lediglich dieses als diffamierend angesehenes Abzeichen durch nationale Abzeichen der einzelnen Völker der Sowjetunion ersetzt werden solle. Dadurch würde ja den Sicherungsansprüchen gleichfalls Genüge getan. Solche

nationalen Abzeichen waren inzwischen entworfen und mit dem General der Freiwilligenverbände abgestimmt worden. Sie entsprachen vielfach dem Abzeichen, die auch die entsprechenden Angehörigen der Freiwilligenverbände trugen. Ausserdem sollten die neuen Abzeichen auf dem Arm getragen werden und nicht auf der Brust, was von den Ostarbeitern besonders beanstandet worden war, weil auf der Brust auch die Judensterne getragen werden mussten. Anfang April 1944 fand im Sonderzug des Ministers auf dem Bahnhof in Michendorf unter dem Vorsitz von Gauleiter Meyer mit Vertretern des Reichssicherheit-Hauptamtes eine Besprechung über das Ostabzeichen statt. Die Herren erklärten, die Bedenken vollauf zu würdigen, aber nicht in der Lage zu sein, das Abzeichen abzuändern, da sie zu einer solchen Erklärung nicht bevollmächtigt seien. (Das war nach der Ausbombung Februar 1944, als Rosenberg im Ostland war, wo ich ihn traf. Während wir in Riga auf dem Bahnhof standen, brannte unser Ministerium. Er blieb dann in seinem Zuge, in Michendorf, Strecke die nach Dessau führt über Potsdam, 10 km von Potsdam. Da waren die Hauptabteilungsleiter und Bräutigam. Wir bekamen unser Abteil, wo wir arbeiteten. Nachher habe ich noch ein Zimmer in Berlin gehabt, wo ich zweimal in der Woche war. Es wurde dann ein Barackenlager, 2 km von Michendorf, im Walde gebaut, das wurde im August 1944 bezogen. Ein Teil des Ministerium blieb in der Stadt. Mende ähnte noch auf dem Hegelplatz ^{2.} zwei eine Abteilung. Abgebrannt ist die frühere russische Botschaft. Im August 1942 Übersiedlung nach Unter den Linden, im Februar 1944 durch Bomben zerstört. Aus diesen Trümmern wurde später der Panzerschrank von Rosenberg ausgegraben von den Amerikanern.)

Meyer schloss die Sitzung mit dem Bemerkten, dass doch eine weitgehende Ü bereinstimmung festzustellen sei.

In diesem Sonderzug assen wir immer alle zusammen zu Mittag. Beim Mittagessen sagte Rosenberg zu mir, dass es doch ein

schöner Erfolg sei, dass nunmehr das Ostabzeichen abgeschafft werde. Ich erklärte, dass mir von diesem Erfolg nichts bekannt sei. Darauf Rosenberg: "Das hat mir aber Gauleiter Meyer gesagt!" Bräutigam, der nun schon ziemliche Erfahrungen in solchen Sitzungen hatte, erwiderte, dass die Herren zwar unseren Argumenten Verständnis entgegengebracht hätten, sich aber jede Entscheidung vorbehalten hätten. Nach den bisherigen Erfahrungen müsse man annehmen, dass wiederum nichts erfolgen werde. Wegen dieser Ausserungen wurde Bräutigam hinterher von Meyer schroff zur Rede gestellt. Diese Unterredung hat zu einer Abkühlung unseres Verhältnisses geführt. Das hat er mir masslos über genommen. Rosenberg erklärte mir darauf, dass er nunmehr seinem Chef des Führungsstabes Politik, den Obergruppenführer Berger, beauftragen werde, die weiteren Verhandlungen wegen des Ostabzeichens zu führen. Daraufhin fand unter dem Vorsitz von Berger in dessen Dienststelle im SS-Hauptamt (Douglasstrasse, Nähe Bahnhof Grunewald) (Kröger: Ferbellinerplatz 1, das war auch SS-Hauptamt) eine Besprechung statt, zu der diesmal der Chef der Gestapo selbst, Gruppenführer Müller, erschien. (Furchtbarer Kerl, unscheinbar, schleichendes Gift, Sprache leise und langsam, lauernder Blick, man hatte das Gefühl, er kann sich über nichts aufregen, hört und sieht alles). Berger machte zunächst Müller sehr viel Komplimente und wies auf die grosse Verantwortung hin, die Müller für die innere Sicherheit trage, die immer grösser werde, je näher die Feindtruppen an die deutsche Grenze kämen. Er habe daher Verständnis für den Standpunkt des Reichssicherheits-Hauptamtes wegen einer Kennzeichnung der Ostarbeiter. Berger fuhr dann aber fort, wenn wirklich die Feinde an unsere Grenze gelangen, bestehe nicht nur Gefahr von Seiten der Ostarbeiter, sondern ebenso gut auch von anderen ausländischen Arbeitern, z.B. Franzosen, Holländern, Belgiern, die aber keinerlei Abzeichen zu tragen hätten, während bei den westlichen Arbeitern kaum politische Momente gegen eine Kennzeichnung vorzubringen seien, sei dies bei den

Ostarbeitern in ~~Hohem~~ Masse der Fall. Berger wies auch bei dieser Gelegenheit auf die Freiwilligenverbände hin und auch auf die verschiedenen Vorstellungen, die der General der Freiwilligenverbände gegen das Ostabzeichen erhoben hätte. Diese Sitzung endete damit, dass Müller sich mit dem Ersatz des Ostabzeichens durch nationale Abzeichen endgültig einverstanden erklärte. Die Anschaffung der Abzeichen sollte das Reichssicherheits-Hauptamt übernehmen nach den Entwürfen, die das Ostministerium vorlege. Wie ungern das RSHA an diese Aufgabe heranging, ist daraus ersichtlich, dass erst im Juni die entsprechende schriftliche Anordnung des RSHA an die Gestapo-Leitstellen erfolgte und man auch noch Monate hinterher das Ostabzeichen antreffen konnte. Auf entsprechende Vorstellung der politischen Abteilung des Ostministeriums erklärte der Sachbearbeiter im RSHA, dass bei der grossen Zahl der Ostarbeiter eine ausserordentlich grosse Menge von Stoff erforderlich sei, die nur sehr schwer aufzutreiben sei, vor allem angesichts des grossen Bedarfs an Uniformen. Bis zum Schluss des Krieges wurden dann nach und nach aber doch die nationalen Abzeichen eingeführt.

Unter den Ostarbeitern befanden sich auch hochqualifizierte Leute, Professoren, Wissenschaftler usw. Sie wollten sich gern zur Verfügung stellen, unter der Bedingung, dass sie gleich behandelt würden wie die übrigen ausländischen Arbeiter. Rosenberg verlangte das auch. Ein Ostarbeiter, dessen Bruder vielleicht in den Freiwilligenverbänden sei, dürfe nicht schlechter gestellt sein als z.B. ein Holländer, wo das ganze holländische Volk gegen uns stehe. Bräutigam verhandelte daraufhin in mehreren Sitzungen mit dem Gestapo chef Müller und erreichte im Januar 1944, dass ihm ein Kontingente von 3.000 Ostarbeitern zur Verfügung gestellt wurde, die auf Antrag aus dem Ostarbeiterverhältnis entlassen werden sollten. Allerdings behalte sich die Gestapo die Prüfung der Anträge vor. Nach Besprechung im Ostministerium erklärte Bräutigam in

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Schmiedel

der nächsten Sitzung, dass diese Bedingung nicht zweckdienlich wäre, denn die Gestapo dürfte kaum in einem Falle in der Lage sein, die politische Zuverlässigkeit solcher Leute nachzuprüfen. Daraufhin erklärte Müller, dass er auf diese Nachprüfung verzichte, falls Bräutigam die volle Verantwortung dafür übernehme, dass nur zuverlässige Personen präsentiert würden. In Folge dieser Bedingung ist das Kontingent bis zum Austritt Bräutigams nicht voll ausgenutzt worden, sondern nur bis zu einer Höhe von 2.400 Personen. Es lagen im Ostministerium mehrere hunderte von Anerkennungsschreiben der verschiedensten deutschen Industrien über die Tätigkeit dieser Gelehrten, Ingenieure, Werkdirektoren, Chemiker usw. vor. In vielen Fällen wurde betont, dass die Kenntnisse dieser Personen eine sehr wertvolle Ergänzung der eigenen Kenntnisse seien. Dies lag wohl an der völlig abgeschlossenen und auf sich gestellten Entwicklung der Geisteswissenschaften der Sowjetunion. Wir hatten inzwischen schon unsere Erfahrungen, welche Industrien die Leute richtig behandelten, z.B. die A.E.G. Es wurde auch hervorgehoben, wie schnell diese Leute die deutsche Sprache lernten. Nicht ein einziger Fall einer solchen Entlassung aus dem Ostarbeiterverhältnis hat zu Beanstandungen seitens des RSHA geführt. Die Leute wurden als ausländische freie Arbeiter geführt. Sie durften auch auf deutschen Friedhöfen beerdigt werden. Die Ostarbeiter durften sonst nicht auf deutschen Friedhöfen begraben werden. Ausserdem war es verboten, dass einem Toten ein grösseres Geleit gegeben wurde. Es durften nur die nächsten Anverwandten mitgehen.

Bei einem Grubenunglück waren Ostarbeiter und deutsche Arbeiter umgekommen. Für die Deutschen wurde ein grosses Begräbnis veranstaltet, während die Ostarbeiter still und heimlich begraben wurden. Das verärgerte sogar die deutschen Arbeiter. Diese Zustände wurden von Seiten des Ostministeriums, dank der Vermittlung von Berger, abgeändert.